Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 7 Mk. Durch die Post monatl. 7 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechstd. 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 70 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 300 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. Postscheckkonto: Leipzig 106848. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 40 Pf. | Halle, Mittwoch, den 12. Oktober | 1. Jahrgang · Nr. 239

Oberschlesien und das Kabinett Wirth.

Das Kabinett Wirth befindet sich wieder einmal in einer Krise. Diesmal ist die Entscheidung über Oberschlesien (bzw. der Verlust dieses Gebietes für Deutschland), die einige Diplomaten am grünen Tisch in Genf fallen werden oder schon gefällt haben, die eventuell der Wirthregierung das Genick brechen kann. Wenigstens entwickelt die bürgerliche Journalisterei eine unerhörte Betriebsamkeit. „Krisis", „dunkle Wolken", „schwere Zukunft" usw. Genaues weiß man noch nicht darüber, was in Genf eigentlich entschieden ist. Berliner Blättern wird mitgeteilt, daß der Völkerbundsrat eine **Dreiteilung Oberschlesiens** beschlossen hat. Pleß und Rybnik sollen an Polen fallen. Gleiwitz, Beuthen und Kattowitz erhalten Autonomie unter polnischer Oberhoheit und den Rest erhält Deutschland. Eine Bestätigung dieser Entscheidung liegt noch nicht vor. Es wird zum hervorgehoben, daß diese Entscheidung die ganze Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth erschüttern müsse. Auch die Sozialistische Korrespondenz ist der Meinung, daß bei einer Abtrennung Oberschlesiens von Deutschland das

Entente-Ultimatum nicht mehr zu erfüllen

sei. Damit würde auch die jetzige Koalitionsregierung in die Brüche gehen.

Die politischen Geschäftemacher von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten benutzen diese Krisenstimmung, um Kombinationen für eine neue Regierungsbildung in die Welt zu setzen. Nach einer Pariser Meldung des Telegraphenbureaus „Ost-Europe" lassen sich die dortigen Blätter aus Berlin melden, daß die deutsche Regierung der englischen den Rücktritt der Wirthregierung angedroht hätte, falls eine für Polen günstige Entscheidung der oberschlesischen Frage getroffen würde. Der Versailler Vertrag würde dann aufgehoben, die Vertreter des Handels und der Industrie und des Ackerbaues würden ihr der Regierung gemachtes Kreditangebot zurückziehen. Die Deutschnationalen würden triumphieren und die jetzige Regierung müßte einer Regierung der Rechtsparteien Platz machen. Es ist ganz klar, daß die Rechtsparteien einen Verlust Oberschlesiens für Deutschland im Sinne eines Bankrotts der Wirthregierung ausschlachten würden. Von dieser Seite hat denn auch der Ansturm gegen das Kabinett Wirth in verstärktem Maße eingesetzt.

Andererseits sehen auch die Rechtssozialisten ihre Stunde gekommen. Sie möchten den Görlitzer Beschluß schleunigst in die Tat umsetzen und mit der Deutschen Volkspartei in eine Regierung gehen. Der Parteivorsitzende **Otto Wels** erklärte auf dem rechtssozialistischen Parteitag für Hessen-Nassau:

„Wenn wir Deutschland vor dem Ruin retten und das Kabinett Wirth, das Kabinett der Erfüllung, erhalten wollen, dann bleibt uns kein anderer Ausweg, als **die Vertreter der Industrie mit in die Regierung einzubeziehen.** Die Art, wie in Bayern und in Preußen die Verfügungen des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik sabotiert werden, müssen jedem Parteifreund die Meinung aufzwingen, daß wir unter allen Umständen wieder in die preußische und bayrische Regierung eintreten müssen."

Wie die Krise ihre „Lösung" finden wird, ist im Moment nicht abzusehen. Manche Kreise hoffen auf das Eingreifen Englands, das ein Interesse an einer für Deutschland günstigen Lösung der oberschlesischen Frage hat und an der Erhaltung der Erfüllungsregierung Wirth interessiert ist. Es ist aber fraglich, ob England in der Tat Oberschlesiens wegen seine französischen Bundesgenossen der den Kopf stoßen wird. Auch der aufgetauchte Plan, Oberschlesien unter den Schutz des Obersten Rates zu „neutralisieren", wird kaum ausführbar sein. Denn der kapitalistischen Räuber, die sich das oberschlesische Industriegebiet ganz oder in Fetzen sichern möchten, sind zu viele. Schon machen sich Anzeichen bemerkbar, daß die

bewaffnete Gewalt

auch hier wieder den Knoten zu lösen versucht. Nicht nur die polnischen Korfantyhorden, auch deutsche Selbstschutzbanden wittern wieder Morgenluft.

Die Arbeiterklasse Oberschlesiens hat von keiner Kapitalistengruppe, auch nicht vom Völkerbund und Obersten Rat etwas zu erwarten. Weder die Sforzalinie noch die Wirthlinie, noch die Pilsudskilinie kann eine gerechte Lösung der oberschlesischen Frage sein. Nur wenn die oberschlesischen Arbeiter die Bergwerke, Hütten- und Industriebetriebe ihres Landes selbst in Besitz nehmen, können sie auf ihre Befreiung hoffen. Dazu ist nötig, daß deutsche wie polnische Arbeiter geschlossen gegen die Ausbeuter ihrer Länder ankämpfen.

Der Kampf gegen den Achtstundentag.

„Pro Arbeiter 10 Ueberstunden".

Leuna und Höchst sind ein Signal für das ganze deutsche Unternehmertum. Auch die Leipziger Scharfmacher versuchen auf ihre Weise den Achtstundentag entweder von vorn oder „von hintenrum" ab zuschaffen. So richteten z. B. die Leipziger Buchdruckereibesitzer ein Schreiben an das Gewerbeaufsichtsamt, in dem es heißt:

„Wir bitten ergebenst das Gewerbeaufsichtsamt wolle den unterzeichneten Firmen in der gleichen Weise, wie es z. B. im Schneiderhandwerk erfolgt ist, pro Arbeiter und Woche bis zu zehn Ueberstunden zu genehmigen."

Auf dem Wege der Ueberstunden will das Unternehmertum versuchen, die Arbeiterfront zu schwächen und zu durchbrechen. Die Arbeiter müssen in der gegenwärtigen Zeit, wo das brutale Unternehmertum seine finsteren Pläne verwirklichen will, auf diese Bestrebungen mit erhöhter Wachsamkeit achten und die Ueberstundenarbeit geschlossen ablehnen.

Die Hungersnot
der neue Verbündete der Weißgardisten und Kapitalisten.

An die Bauern und Landarbeiter Westeuropas!

Brief eines russischen Bauern aus dem Hungergebiet.

Genossen der kornreichen Gebiete und Länder, Brüder und Bauern, an Euch wenden wir uns: Gebt uns Brot! Wir sterben Hungers, an der Schwelle der Befreiung der Menschheit von der Unterdrückung, Sklaverei und Unwissenheit.

Gegenwärtig nähren wir uns von Unkraut, Melden, Eicheln, wir sterben Hungers. Teilt mit uns die Ueberschüsse des Getreides, das Ihr geerntet habt. In unserm Gebiete ist Mißernte, die Roggenernte beträgt kaum ein Drittel der Aussaat. Gebt uns wenigstens einige Pfunde, damit wir die Felder besäen können. In der Zukunft werden wir Euch das hundertfältig bezahlen.

Genossen! Bauern! Ihr habt eine reiche Ernte gehabt, seid Brüder, helft uns in dieser schweren Stunde, die wir durchleben. Strengt alle Kräfte an und erweist uns die Hilfe, die wir stündlich erwarten.

In unserer Gegend hört man die Schreie der vor Hunger sterbenden Menschen, das Weinen der Kinder: „Mutter, ich will essen." Die Mutter verzweifelt beim Anblick der hungernden und weinenden Kinder. Bei uns ist auf Schritt und Tritt Hunger, und wir haben doch noch Sommer, später aber wird der Herbst, der Winter, der Frühling kommen. Alles Eßbare haben wir verzehrt, wir haben alles Vieh, Pferde, Kühe, Schafe, Ziegen und Hühner verzehrt.

Hier herrscht überall Tod. Wir sind ebenso wie Ihr Menschen, wir hoffen, daß unsere Seufzer und Schreie der Sterbenden von Euch gehört werden und Ihr uns vom Hungertode rettet. Wie ist das Bild, das sich vor Euch entfaltet? Ihr werdet ein erschütterndes Bild des Hungers sehen, Ihr werdet ganze Scharen hungriger Menschen sehen, die weinend und schreiend ihre abgemagerten Hände nach einem Stückchen Brot ausstrecken.

Entschuldigt, Brüder, daß ich nicht so glatt schreibe, wie ein Gelehrter. Ich beschreibe aber das Bild, das wir Bauern nicht nur vom Anschauen kennen, das wir mit erleben. Genossen! Bauern! Wir bitten Euch, führt so schnell wie möglich in Euren kornreichen Gegenden die Sammlungen durch. Dadurch werdet Ihr die hungernden Gebiete und Gouvernements, dadurch werdet Ihr uns retten.

M. A. Kosewejlow,
Bauer des Gouv. Wjatka, Kr. Urshumsk, Petrowsche Gemeinde, Dorf Weltuskkaja.

Stimmungsmache gegen die Kommunisten. Bei allen kommunistischen Veranstaltungen wird die Ordnungspolizei gehalten, bei der auch die Mannschaften anwesend sein müssen, die Nachtdienst getan haben. Dadurch macht sich unter den Mannschaften eine begreifliche Mißstimmung gegen die Kommunisten bemerkbar, die den Offizieren Anlaß gibt, den Haß zu verschärfen, indem sie sich geäußert haben sollen: Schlagt die Kommunisten tot, dann hört die Bereitschaft auf!

„Heran an die Massen!"

„Die Genossin Ruth F. veröffentlicht in der Taktik und Organisationsfragen behandelten Beilage der „Hamburger Volkszeitung" diesen beachtenswerten Artikel:

I.

K. B. hat in einer der letzten Nummern von „Taktik und Organisation" darauf hingewiesen, daß man diesen Ruf des 3. Weltkongresses ja nicht zum Schlagwort werden lassen darf. Die praktische Arbeit zeigt, daß man diese Mahnung sehr unterstreichen und in den Organisationen klar und unzweideutig dafür arbeiten muß, daß man nicht simple Mitgliederjagd damit zu verwechseln beginnt. Das viele Geschwätz der Levi-Opposition von den ungeheuren Verlusten der KPD. hat in vielen Ortsgruppen den Ehrgeiz erweckt, durch „Zunahmen" der Kommunistischen Internationale das Gegenteil zu beweisen. **Vermehrter propagandistischer Eifer ist sicher vonnöten;** aber die Stärkung der KPD. muß vor allem unermüdlich von innen heraus betrieben werden: politische Schulung und ständige Durchknetung des Funktionär- und Mitgliederkörpers, gute Verteilung der Kräfte für die einzelnen organisatorischen und politischen Aufgaben, Heranziehung jedes Mitgliedes zur aktiven, kommunistischen Arbeit. Das sind sicher lauter billige Selbstverständlichkeiten — aber wer weiß nicht, was in der Praxis dazu gehört, um davon auch nur einen Teil durchzuführen! **Und gerade jetzt, nach Parteitag und Weltkongreß, muß von den Organisationsleitern mit Nachdruck darauf verwiesen und auch geringe Ansätze zur sozialdemokratischen, rein organisationsverbreitenden Auslegung des „neuen" Parteischlagwortes müssen im Aufkeimen ausgerottet werden.**

In der Hitze des Gefechts und im Eifer der Diskussion ist gerade in den vergangenen Monaten manches liebe Mal dies Verhältnis der KPD. zu den Massen zu mechanisch aufgefaßt worden. Kein Mitglied der KPD., von „ganz rechts" bis „ganz links", denkt daran, die Fehler und Schwächen der Partei zu verteufeln oder zu beschönigen. Aber es ist eine weitere selbstverständliche Binsenwahrheit, daß die Beziehung der KPD. zu den Massen durchaus nicht nur eine Frage der Taktik und der Organisation ist, **sondern ein politischer Prozeß, in dessen Auf und Ab sich die Schwankungen und Windungen der revolutionären Entwicklung widerspiegeln,** und in der eine zeitweilige „Isolierung" der KPD. von den breiten Massen eine auch durch die beste Taktik und Organisation unvermeidliche Folge bestimmter politischer und wirtschaftlicher Schwankungen sein kann. Aber für die gegenwärtige Situation hat der Ruf des 3. Weltkongresses: „Heran an die Massen!" überhaupt nicht einen organisatorischen Sinn — auch keinen „rein propagandistischen" —, dazu ist sein Sinn und seine Bedeutung zu alt und zu selbstverständlich, als daß eine so scharf unterstrichene neuerliche Hervorhebung zweckmäßig und notwendig gewesen wäre. Sondern in der gegenwärtigen Situation hat dieser Ruf für Deutschland einen konkret-politischen Sinn und Inhalt.

II.

Die KPD. ist heute eine Massenpartei mit einem guten, in schweren Monaten erprobten Kern revolutionärer Kommunisten. Und trotzdem sie eine Massenpartei ist, trotzdem die revolutionäre Krise in Deutschland sich in der Linie zunehmender Verschärfung und Zuspitzung entwickelt, trotzdem hat die Partei lange nicht genügenden Einfluß auf die außerhalb der Partei stehenden Massen; ja, sie hat in der Presse, bei Wahlen usw. nicht immer die Kraft gezeigt, ihre Anziehungskraft **über ihren eigenen organisatorischen Rahmen auswirken zu lassen.**

Warum?

Die (weder von „rechts" noch von „links" geleugneten) Fehler der Partei als alleinige Ursache anzunehmen, ist mehr als oberflächlich. Diese Tatsachen zu erklären aus der Feststellung eines sich verlangsamenden Tempos der deutschen Revolution, kann auch nicht stimmen. Denn ginge die Linie nach abwärts, ständig für die jetzige Periode nach abwärts, dann müßte das eine einheitliche Linie der Parteientwicklung aufzeigen, die sagt: In der Zeit der revolutionären Hochspannung reichte der Arm der Partei so weit und so tief und dann nimmt die Kraft ab (1904-05 und 1906-07 in Rußland). Aber davon kann keine Rede sein. Wer 1920 und 1921 als „schleppendere Periode" der Revolution für Deutschland auffassen will, der sieht gerade in diesen Jahren ein wesentliches Anwachsen der KPD. durch das Ueberströmen der linken USP.-Massen.

Die Erklärung liegt wo anders. Liegt in der Tatsache, daß in Deutschland die KPD. (im Gegensatz zu Rußland) nicht vor sich hat die breiten parteilosen Massen, um die zu ringen ist im Kampf mit den Menschewiken, sondern daß hier der Kampf geht um die Massen in eisernen, stacheldrahtumzäunten Partei- und Gewerkschaftskäfigen. Und daß die Arbeit unter den „Parteilosen" in großem Maßstabe erst beginnen wird, bis hier die Hauptfestungen erstürmt sind.

Aber auch diese Feststellung genügt nicht. In Deutschland liegen die Dinge heute so, daß viel mehr Massen in ihrem Denken und Fühlen dem Kommunismus nahestehen, als tatsächlich — in Theorie und Praxis — der Partei folgen, ja, daß trotzdem diese, die in den Grundfragen längst nicht mehr menschewistisch denken, bereit sind, unter der glorreichen Führung der Scheidemänner und Hilferdings Steine und Dreck auf die Kommunisten zu werfen. Und das nicht nur deshalb, weil wir laut unserer Sendung unbequeme Rufer und Mahner sind, sondern auch deshalb, weil bis in die Reihen der SPD.-Arbeiterschaft hinein die (unausgesprochene) Ueberzeugung herrscht, daß die Kommunisten jedenfalls in einem recht haben: in der Aufforderung zum solidarischen Kampf der Arbeiter mit der Waffe gegen die „Reaktion" — die sinnfälligste Verkürzung des Begriffes Bourgeoisie. Es herrscht die Ueberzeugung (und kam jetzt nach dem Erzberger-Mord wiederelementarer zum Ausdruck): der jetzige Zustand kann vom Standpunkt der Arbeiter nicht anders liquidiert werden.

Und von da bis zum bewußten Willen zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur ist theoretisch und praktisch nur ein Schritt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211012-15/fragment/page=0001

Und trotzdem die Massen bei der SPD., den Gewerkschaften und der USP. sind? Ja, vielleicht gerade deshalb! Jeder Kampf um Tagesforderungen, jeder Schritt des Proletariats in der Linie der Erweiterung seiner politischen und ökonomischen Macht führt unvermeidlich zu Konflikten mit der Bourgeoisie, auch in der Form des Zusammenstoßes unbewaffneter Arbeiter mit bewaffneten Teilen der Gegenrevolution. Jede proletarische Bewegung, die über einen bestimten Punkt, über einen rein „lokalen" Charakter hinauswächst, kann „den Stein ins Rollen bringen". Dieser Tatsache ist sich nicht nur die Bourgeoisie sehr bewußt, die ängstlich und genau selbst scheinbar ganz unbedeutende „rein wirtschaftliche" Bewegungen der Arbeiter verfolgt, dieser Tatsache sind sich nicht nur die gegnerischen Parteien, sondern auch große Teile der proletarischen Massen instinktiv bewußt und klar. Noch aber ist in den Massen die Furcht vor diesen Kämpfen sehr groß. Die Erfahrung der letzten Jahre hat ihnen für Deutschland sehr gründlich den brutalen Macht- und Behauptungswillen der Bourgeoisie gezeigt und sie zögern und versuchen, der kommenden Entscheidung solange wie möglich auszuweichen. Sie stehen noch bei der SPD., bei der USP., bei den Gewerkschaftsführern, weil ihnen von diesen Organisationen ein Weg versprochen wird, der den Kämpfen ausweicht. Alle heftigen, erschütternden Erfahrungen der letzten Jahre haben es nicht vermocht, die Massen im Tiefsten so aufzuwühlen, daß die Furcht vor dem Klassenkampf in allen seinen Formen dahingeschwunden wäre — **bis auf ein einziges Ereignis, auf den Kapp-Putsch.** Und da wurde dieser elementare, revolutionäre Wille der Masse zurückgerissen von ihren Organisationen, die dem Kapital unlösbar verschrieben sind.

Jetzt aber beginn in der deutschen Revolution ein neuer, entscheidender Abschnitt. Die Prophezeiung der 3. Internationale: Leben in der Revolution oder Hungersterben im Kapitalismus — diese Zukunftsverkündigung wird jetzt brennende, unmittelbare Wirklichkeit und Gegenwart. **Das deutsche Kapital muß jetzt im** Bunde mit dem Ententekapital neue Bedrückungen, Aufhebung des Achtstundentages, rasende Teuerung — mit einem Wort: Auspowerung der Arbeiterschaft in noch immer konkret ungeahnterem Umfange zur fürchterlichen und sicherlich auch blutigen Praxis werden lassen.

Die überall beginnenden Lohnkämpfe sind ein erstes Anzeichen dessen, was kommen muß — der Versuch der Arbeiterschaft, sich mit allen Kräften gegen diese Verelendung zur Wehr zu setzen. Die Massen, die vor der Erkenntnis zurückschreckten, daß heute in Deutschland das Proletariat entweder auf Generationen in ein kapitalistisches Zuchthaus oder an die politische Macht muß, diese Massen werden zu ringen beginnen um das tägliche Brot, um ein bißchen Luft zum Atmen. Am Ende des Ringens steht die Niederlage, grauenvoll und elendsreich, oder der Krieg des Proletariats, die Aufrichtung der Diktatur — **auch wenn die Massen im Anfang des Weges das Ende noch nicht sehen werden.**

Die Bourgeoisie, die SPD.-Gewerkschafts- und USP.-Führer schwafeln viel und geschwätzig von der „bolschewistischen Gefahr" (damit meinen sie „Kommunistenputsche" oder was sie dafür halten). Noch lebendigere Angst aber haben sie in der gegenwärtigen Situation vor den kommenden Massenbewegungen. Ihre ganze Kraft werden sie daran setzen, sie zu zerstückeln, zu zerreißen, in Einzelkämpfe aufzulösen, sie abzulenken vom Hauptweg, um noch einmal die Gefahr von der „deutschen Republik" zu bannen. Wer weiß, welchen Streich ihnen dabei die Weißgardisten spielen werden und wie rasch das löbliche Bemühen der Menschewisten nach „Verständigung" zwischen Kapital und Arbeit durch provozierende Brutalitäten durchkreuzt werden wird!

Aber wie dem auch sei — wir Kommunisten müssen in diesem Sinne „Heran an die Massen", die gerade beginnen, sich langsam [illegible] **Bewegung zu setzen — müssen mitmarschieren in Reih und** [illegible] wenn es nur gelingt, die Pläne der Menschewisten zu [illegible] und die Massen in Bewegung zu erhalten, [illegible]treibt der Strom vorwärts zu schroffen Klassenkämpfen und führt weiter in neue revolutionäre Situationen, wo mit den Waffen und in den Massen gegen den Willen der menschewistischen Führung gekämpft wird. **Die Kommunisten werden selbständig vorgehen müssen.**

Das ist der Sinn des Schlagwortes: „Heran an die Massen!" Wehe denen, die ihn organisatorisch verstehen wollen, sei es im „Ausbau" der eigenen Partei **in die Breite, sei es in der beruhigten Ueberzeugung, daß auch die Kommunisten von nun an in „Einheitsfront" kämpfen werden.** In der Praxis der kommenden Kämpfe wird auch die Kommunistische Partei noch manche Schwierigkeiten mit derart opportunistisch eingestellten Ueberbleibseln bekommen. **Aber sie werden gerade in der Praxis der Kämpfe rasch und gründlich erledigt werden können!**

„Revidiert."

In dem ersten Entwurf zu dem in Görlitz angenommenen Parteiprogramm hieß es:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes, sie erstrebt die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems usw."

Der Sturm der Entrüstung, den diese Formulierung innerhalb der Mitgliedschaft hervorrief, veranlaßte die Programmväter zu folgender Aenderung:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie hat zur Grundlage ihres Wirkens den Klassenkampf der Arbeiterklasse und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsschichten für ihre wirtschaftliche Befreiung und kulturelle Hebung. Sie erstrebt die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems usw."

In einem Artikel „Der revidierte Programmentwurf" in Nr. 24 der „Neuen Zeit" erklärt Heinrich Cunow zu dieser Aenderung:

„In den Worten „und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsschichten" liegt schon, halb versteckt, das Eingeständnis, daß die Sozialdemokratische Partei gar keine reine Klassenpartei mehr ist und sich mit ihr der Arbeiterklasse nicht angehörige „Gesellschaftsschichten", d. h. Teile anderer Klasse, angeschlossen haben."

Und etwas später:

„Theoretisch richtiger wäre es deshalb meines Erachtens gewesen, das Wort „Klassenkampf" hätte auch in dem jetzigen erweiterten Sinne keine Aufnahme gefunden. Andererseits aber gebe ich gerne zu, daß, da nun mal, wie eine Reihe Anträge zum Görlitzer Parteitag beweist, die alte Klassenkampfauffassung des Kommunistischen Manifestes noch weite Kreise unserer Partei beherrscht, die Einfügung des Wortes einem gewissen Parteibedürfnis entspricht."

Mit anderen Worten: Damit die Masse der dummen Proleten von unserer Wandlung nichts merkt, wollen wir sie mit der Klassenkampfphrase benebeln.

Von der Weißen Justiz!

Die Unterstützung der Elenden kein Milderungsgrund.

Einen Raub, ähnlich dem von Franz Jung und Hermann Knieffen an dem Dampfer „Senator Schröder" ausgeführten, verübten der 38jährige Arbeiter Richard Perlich aus Stedten, der 20jährige Schlächter Karl Kaiser aus Braunschweig und der 24jährige Gärtner Franz Junge aus Staßfurt. Junge hatte nahezu an allen Kämpfen seit der Novemberzeit teilgenommen. Wegen Hochverrats verfolgt, seit August 1920 flüchtig, das eigene Elend und das Elend unzähliger anderer politischer Flüchtlinge und ihrer Angehörigen ständig vor Augen, rechneten es sich Junge und Kaiser zur Pflicht an, unter allen Umständen Geld zu schaffen und das zur Linderung der Not zu verwenden. Junge gewann Kaiser und schließlich auch Perlich für seinen Plan. Am Morgen des 20. November 1920 lauerten sie dem Buchhalter der Firma Wentzel aus Teutschenthal auf und nahmen ihm eine Kasette mit rund 18 000 Mark ab. Das Geld wurde teils der Zentrale der KAP. überwiesen, teils für die Flüchtigen und ihre Familien verwendet. Junge z. B. behielt nur so viel, daß er etwa acht Tage davon leben konnte. Der Staatsanwalt des Schwurgerichts hat die Geschworenen, mildernde Umstände zu versagen, da die Angeklagten „keine Achtung vor fremden Eigentum" hätten und die Unterstützung von Hinterbliebenen und politischen Flüchtlingen, also „Verbrechen", kein Milderungsgrund sei. Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen nach schwerem Raub und versagten allen Angeklagten mildernde Umstände, auch Perlich, der nach dem Gutachten des Sachverständigen als minderwertig anzusehen ist. Der Staatsanwalt beantragte gegen Perlich 7 Jahre Zuchthaus und gegen Kaiser und Junge 6 Jahre Zuchthaus. **Das Urteil lautete** gegen Perlich sowie gegen Kaiser auf 5 Jahre Zuchthaus und gegen Junge auf 6 Jahre Zuchthaus. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihnen auf 10 Jahre aberkannt und Polizeiaufsicht als zulässig erklärt.

Ein viehischer Soldatenschinder!

Sechs Wochen Festungshaft.

Vor der Essener Strafkammer hatte sich der ehemalige Offizierstellvertreter Franz Nause aus Essen-West **wegen schwerer Mißhandlungen an kriegsgefangenen Landsleuten** zu verantworten. In seiner Eigenschaft als Kompagnieführer bei der Gefangenenkompagnie 318 soll er sich an den seiner Obhut anvertrauten kriegsgefangenen Landsleuten in der rohesten Weise vergriffen haben. In einem besonders krassen Fall wird er beschuldigt, einen kranken schwächlichen Gefangenen, der sich in einem bejammernswerten Zustand befand, zur Arbeit geschickt zu haben. Die Arbeitsstelle lag 10 Kilometer von dem Gefangenenlager entfernt. Der Gefangene wurde auf dem Wege zur Arbeit und während der Arbeit wiederholt von Ohnmachtsanfällen befallen. Als er eines Tages wiederum ohnmächtig zusammenbrach, wurde er ins Revier gebracht. Dort habe ihn der Angeklagte nackt ausziehen lassen, und ihm zwei Eimer kalten Wassers über den Kopf gegossen. In einem anderen Falle verprügelte er einen Gefangenen, der vor Schwäche bei der Arbeit umgefallen war. Beide Gefangenen sind hernach im Lager gestorben. In einem anderen Falle schnitt er einem Gefangenen mit dem Taschenmesser den verletzten Daumen auf. Ein englischer Arzt mußte schließlich den Daumen abnehmen.

Da man nach der Meinung des Gerichts die meisten Mißhandlungen nicht „einwandfrei" nachweisen konnte, erfolgte in einer Reihe von Fällen Freisprechung; in einem Falle wurde das Verfahren auf Grund der militärischen Amnestie eingestellt und in einem anderen Falle wurde er **zu sechs Wochen Festungshaft verurteilt.** Die beantragte Aussetzung der Strafe lehnte die Strafkammer ab.

Ueber die sechs Wochen Erholung wird sich dieser Schuft recht lustig machen. Hätte die deutsche Justiz nicht schon hunderte Beweise für eine solche „Rechtsprechung" gebracht, so müßte man das Urteil für einen Irrtum halten. Vor demselben Gericht wurden im Monat April einfache Arbeiter, bei denen man ein Gewehr versteckt gefunden hatte, zu ein bis zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, wurden vor einer Woche zwei ehemalige Rotgardisten wegen Beraubung der Wertsachen von „Grünen" zu insgesamt 11 Jahren 9 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Und das nent sich „objektivste Behörde der Welt".

Der Landbund ist gerüstet.

Blaue Bohnen für die hungernden Proletarier.

Im Thüringer Landtag haben die drei sozialistischen Parteien eine Interpellation gegen die Kartoffelnot eingebracht. Obwohl Thüringen durchschnittlich eine gute Mittel- zum Teil sogar eine sehr gute Ernte zu verzeichnen hat, treiben die Agrarier unter Führung des Landbundes einen unerhörten Wucher, der bereits zu Protestaktionen der Verbraucher geführt hat. Bei der Behandlung der Interpellation im Landtag stellte sich heraus, daß die Führer des Landbundes die Kartoffelnot bewußt herbeigeführt und auch erreicht haben, daß in dem kartoffelreichen Lande Preise bis zu 95 Mk. per Zentner bezahlt werden. Aus dem vom Wirtschaftsminister Fröhlich dem Landtag vorgetragenen Schriftwechsel ging hervor, daß der Landbund die Preistreiberei veranstaltet hat, um einen Ministersitz in der Regierung zu erpressen. Der Landbund enthüllte denn auch sein wahres Gesicht, als der Wirtschaftsminister für den Fall weiterer Sabotage durch die Landbundführer Handlungen der Regierung ankündigte. Der Landbündler Niemann, „Kommandant Arghöf-Batterie Wachsenburg", rief: „Sie sollen nur kommen, wir sind gerüstet!" Diese sieben Worte kennzeichnen den wahren Charakter des Landbundes, der seine Volksfreundlichkeit als Partei des „sozialen Ausgleichs" tausendfach beteuert. Es ist der Geist Escherichs, der aus dem Zwischenruf spricht und der nicht nur in Thüringen, sondern auch im ganzen Reiche die profithungerigen Großagrarier wie Industriemagnaten beherrscht. „Laßt sie nur kommen, die hungrigen Proleten, wozu haben wir unsere konterrevolutionären Formationen, die Waffenlager usw. Wir werden die hungrigen Mäuler der Proleten mit blauen Bohnen stopfen und nach Hause schicken!" Das ist die satte Bourgeoisie, die sich in ihrem Machtbewußtsein gekitzelt fühlt.

Die Arbeiterschaft muß daraus lernen und sich bewußt werden, daß auch sie eine Macht ist, wenn sie sich in geschlossener Front zusammenfindet.

Kommunistische Gemeindepolitik in Suhl

Nachdem verschiedentlich Arbeiterblätter zu amtlichen Organen erklärt worden sind, beantragten die Kommunisten in Suhl, ihr Blatt, den „Volkswillen" gleichfalls als amtlich zu erklären. Obwohl als Gegenblatt nur ein bürgerliches in Betracht kam, stimmte die USP.-Fraktion bezeichnenderweise mit den Bürgerlichen gegen den Antrag. Da die Kommunisten die Mehrheit haben, ging unser Antrag trotzdem durch.

Ferner wurden 50 000 Mk. für Bereitstellung von verbilligten Lebensmitteln für die streikenden und ausgesperrten Metallarbeiter auf Antrag der Kommunisten gegen die bürgerlichen Stimmen bewilligt. Sodann beantragten die Kommunisten für die Erwerbslosen, die über zehn Wochen arbeitslos und verheiratet sind, eine Extraunterstützung von 800 Mk., für die Unverheirateten eine solche von 600 Mk. und für alleinstehende Personen von 700 Mk. Auch hier stimmten die Bürgerlichen dagegen.

Die Tätigkeit der Kommunisten in dieser Gemeinde ist vorbildlich und zeigt, wie anders als der „sozialistische" Magistrat von Berlin eine Arbeitermehrheit in der Gemeindevertretung die Interessen des Proletariats wahrnehmen kann.

Die Reichspost als Streikbruch-Organisation im Dienste der Unternehmer.

Eine kommunistische „Kleine Anfrage" im Thüringer Landtage.

Unsere Genossen brachten folgende kleine Anfrage ein:

Anläßlich des Metallarbeiterstreiks hat die Reichspostverwaltung in Ruhla dadurch Streikbrecherarbeit zu leisten versucht, daß sie entgegen dem bisherigen Gebrauch die in Pakete verpackten und versandbereiten Waren aus der Fabrik von C. u. F. Schlothauer mit ihrem Postwagen abzuholen versuchte. Dies ist vorläufig an dem Widerstand der streikenden Arbeiter gescheitert; aber, wie uns mitgeteilt wurde, hat die Postverwaltung deswegen um polizeilichen Schutz gebeten, um dadurch die Möglichkeit zum Streikbruch zu erzwingen. Sollte ihr dies gelingen, so wären die sämtlichen dortigen Unternehmer imstande, ihre teilweise stark gefüllten Lager auf diese Weise zu räumen und dadurch ihre Kampfposition im Streik beträchtlich zu stärken.

Wir erwarten von der Landesregierung, daß sie sofort Schritte unternimmt, um zu verhüten, daß ein Reichsinstitut, wie die Reichspost, Streikbrecherdienste zu leisten versucht. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Neutralität der Postverwaltung in dem wirtschaftlichen Kampf zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft herbeizuführen? Ist sie insbesondere bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Postverwaltung in Ruhla zu einer einwandfreien unparteilichen Haltung gezwungen und die Streikbrechertätigkeit der Post verhindert wird. Gez. Dr. Neubauer.

Orgeschbrüder werden wieder in die Orpo aufgenommen.

Die Mannschaften der Sicherheitspolizei mußten vor längerer Zeit einen Revers unterschreiben, daß sie nicht Mitglieder einer Partei sind, die den Umsturz will. Es war klar, daß sich dieser Revers in erster Linie gegen die Mitglieder der Orpo richtete, die nach dem Kapp-Putsch von der Arbeiterwehr in die Sipo übertraten. Um aber die getroffene Maßnahme nicht einseitig erscheinen zu lassen, wurde sie auch gegen Orgeschverdächtige angewandt. Wie wir jetzt hören, ist vor etwa drei Wochen die Aufhebung dieser Maßnahme gegen die Orgesch angeordnet worden! Von wem? Die Orpo untersteht dem Ministerium des Innern, also Herrn Stelling.

Die Lehre hieraus ist demnach: Die Ordnungspolizei entwickelt sich auch in Mecklenburg zu einer Kampftruppe der monarchistischen Reaktion, und Stelling entwickelt sich zum Nero-Noske. Was tut die Mecklenburgische Arbeiterschaft?

Der Skandal der Ludendorff-Spende.

Mit großem Brimborium wurde seinerzeit die Ludendorff-Spende in Szene gesetzt. Ein Tor, der glaubte, daß außer ein paar arbeitslosen Offizieren und verdienten Orgeschhäuptlingen auch noch Kriegsbeschädigte die Erträge dieser Spende genießen würden. 150 Millionen waren gesammelt worden. Nun stellte sich heraus, daß etwa 50 Millionen der staatlichen Fürsorge zugeführt worden sind. Die nationale Presse ist empört, daß auf diese Weise nun doch ein Teil, wenn auch ein sehr dürftiger, den erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten zukommen kann. Die restlichen 100 Millionen Mark sollen nach der „Preußischen Zeitung" — wie sie allerdings mit einem Fragezeichen meldet — zu sozialdemokratischer Wahlpropaganda bei den Wahlen zur Nationalversammlung verwandt worden sein. Es ist haarsträubend, in welcher Weise mit den Geldern umgegangen wird, die für die Aermsten der Armen gespendet waren. Am wenigsten ziemt es allerdings denen, den Mund aufzureißen, die das Kriegselend verschuldet haben und alles tun, um es weiter zu vergrößern.

Der „neue" Kurs in Bayern.

Berlin, 12. Oktober. Das Erscheinen der unabhängigen „Münchener Morgenpost" ist auf 14 Tage wegen eines Artikels „Die Verschwörung gegen die Republik" verboten worden.

*

Seitdem die bayrischen Einwohnerwehren aufgelöst sind, ist Herr Escherich bemüht, seine Organisation „umzustellen". Die Einwohnerwehr wird ja nach den örtlichen Verhältnissen in Sport- oder Turnvereine, in Schützenorganisationen oder Regimentsvereinigungen weitergeführt. In München hat man neben den verschiedenen Sportvereinen auch eine besondere Organisation zur Maskierung der Einwohnerwehr geschaffen. Man hat eine vaterländische Vereinigung e. V. gegründet, die nach Stadtbezirken gegliedert ist. Die neue Organisation wird durch die frühere Finanzorganisation der Einwohnerwehr, durch die „Orzenz" (Organisation Zenz) finanziert. Die Kassierer des 21. Stadtbezirks sind die Herren Fuchs und Willy Kaiser.

Warnung vor wilden Arbeitsgemeinschaften. Von amtlicher Seite wird dem „Boten" aus dem Riesengebirge geschrieben: „Ehemalige Führer und Angehörige des Selbstschutzes sammeln in manchen Gegenden Geld, um neue sogenannte „wilde Arbeitsgemeinschaften" wieder zu gründen. Auch Hochstapler und Schwindler scheinen unter dem Deckmantel „ehemaliger Selbstschutz" ihr Unwesen zu treiben. Vornehmlich wird an Banken, Großindustrielle, Großgrundbesitzer aber auch an Vertreter von Behörden herangetreten. Vor dem Treiben solcher vorerwähnter Personen kann demnach nur gewarnt werden."

Ein großer Teil der Führer und Mannschaften in diesen Geheimorganisationen und Arbeitsgemeinschaften ist unzweifelhaft auf der Stufe des Lumpenproletariats angekommen. Täglich hört man, daß Teilnehmer von Selbstschutzorganisationen große Diebstähle und Unterschlagungen von Millionen verüben.

Auslands-Uebersicht.

Ausbreitung des Steuerstreiks in England.

Wie aus London gemeldet wird, hat eine dritte proletarische Gemeinde Groß-Londons den Steuerstreik beschlossen, und zwar ist dies Stepney. Die Stadtverordnetenversammlung dieser Gemeinde hat mit 29 gegen 21 Stimmen beschlossen, die staatlichen Steuern nicht mehr einzuziehen, solange nicht die verhafteten Stadträte von Poplar freigelassen sind. Ferner verlangt die Gemeinde eine gerechte Verteilung der Lasten, die aus der Arbeitslosenunterstützung erwachsen. Die Stadtverordnetenversammlung erklärte, daß die Regierung diesbezügliche Resolutionen doch nur in den Papierkorb werfe, also müsse man zur direkten Aktion schreiten, so wie Irland es getan habe. — Der Vorstand der englischen Arbeiterpartei wird zusammen mit den Londoner sozialistischen Parlamentsabgeordneten und mit dem neugebildeten Generalrat der englischen Gewerkschaften eine Sitzung abhalten, die zum Erwerbslosenproblem Stellung nehmen soll.

Krassin über die Brüsseler Konferenz.

London, 10. Oktober. Krassin erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter des Observer, es hänge von dem Charakter und der Zusammensetzung der eventuell von der Brüsseler Konferenz zu ernennenden Kommission zur Untersuchung der Lage in Rußland ab, ob sie von der russischen Regierung die Einreiseerlaubnis erhalte. Wenn die Kommission den Hungerleidenden in Rußland wirklich helfen wollte, statt Rußland politisch auszukundschaften, dann wolle er alles tun, um ihr den Weg zu ebnen. Wenn die Brüsseler Kommission jedoch nur eine Kopie der Noulens-Kommission sei oder wenn etwa Scavenius, der Judenitsch auf seinem Marsch nach Petersburg unterstützt habe, zum Leiter der Kommission ernannt werden sollte, so würde die Sowjetregierung die Kommission als eine Herausforderung ansehen. Krassin sagte, die in Rußland im Frühjahr begonnenen wirtschaftlichen und sozialen Reformen würden durch die nervöse Atmosphäre einer drohenden Intervention aufgehalten.

Die französischen Soldaten gehen nicht gegen die Arbeiter vor.

Aus Paris wird gemeldet: Anläßlich des Textilarbeiterstreiks in Troyes bietet der Exgenosse Briand seine ganze militärische Energie auf. Das 18. und das 22. Dragonerregiment, sowie das 120. Artillerieregiment sind in der Stadt eingetroffen. Starke Militärpatrouillen durchziehen zusammen mit der Gendamerie die Stadt. Die Behörden haben aber an den Dragonern und Artilleristen keine große Freude. Bei allen Konflikten mit der Arbeiterschaft gehen die Gendarme sehr brutal vor, die Soldaten verhalten sich aber völlig passiv. Die streikenden Arbeiter begrüßen das Militär aufs freundlichste, wo es sich sehen läßt. Auch in Nordfrankreich haben sich während des jetzigen Streiks ähnliche Beobachtungen machen lassen.

Eine Fabrikbesetzung in Frankreich. Aus Paris wird gemeldet: In der Metallfabrik Vallez-Vibert in Vienne entstand ein Konflikt zwischen der Direktion und den Arbeitern, denen die Löhne abgebaut werden sollten. Daraufhin haben die Arbeiter den Betrieb besetzt, der von der Direktion und den Werkmeistern schleunigst verlassen wurde.

Die Teuerung in Oesterreich. Wien, 11. Oktober. (TU.) Der Preis des Mehls wurde auf 160 Kronen per Kilo hinaufgesetzt. Ein Kilo Zwiebeln kostet 90 Kronen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211012-15/fragment/page=0002

Sklavenmarkt.

Der Lizitator der Arbeitslosen auf dem Bostoner Sklavenmarkt, U. Ledour, hat in Neuyork erklärt, daß er auch dort vor der öffentlichen Bibliothek eine Lizitation der Arbeitslosen organisiert. Vorher wird er durch die Broadway-Straße einen Zug der Arbeitslosen zur Schauführung durchmarschieren lassen. Er betonte, daß er nicht nur die Arbeitskraft der Männer, sondern auch die der Frauen ausrufen lassen wird. Er betonte, daß er beim Lizitieren der Frauen dieselben Methoden der Anpreisung der „Ware" durch Entblößen des Oberkörpers befolgen wird, wie bei den Männern.

Aus der Partei.

Sie fischen im Trüben.

Max Sievers, Berlin, veranstaltete in Backnang (Württemberg) im Auftrag der Sowjetgruppe eine Sonderkonferenz, zu der eine Anzahl Parteigenossen geladen waren. Die Bezirksleitung in Württemberg hat jetzt mit diesen Genossen eine Aussprache herbeigeführt. Bis auf drei Teilnehmer erklärten die Genossen, daß sie in Zukunft im Interesse der Partei an derartigen Sondersitzungen nicht mehr mit teilnehmen würden. Gegen den Genossen Römer (Ludwigsburg), der der Einladung der Bezirksleitung nicht Folge leistete, wurde ein Ausschlußverfahren eingeleitet.

Bezirk Dresden.

Auch im Bezirk Dresden geht es organisatorisch vorwärts, trotzdem dieser einer der am schwersten zu bearbeitenden Bezirke gewesen ist. Im Bezirk Dresden haben wir jetzt 64 Ortsgruppen. In 33 Ortsgruppen bestehen Betriebsfraktionen; in 32 Ortsgruppen haben wir 93 Betriebsräte, in 17 Ortsgruppen 26 Gewerkschaftsfraktionen, in 21 Ortsgruppen sind 50 Kartelldelegierte und 9 Vorstandsmitglieder in Gewerkschaftskartellen gehören der Kommunistischen Partei an. In 17 Ortsgruppen sind 38 kommunistische Gemeindevertreter vorhanden.

Bezirk Ostpreußen.

Aus dem **Bezirk Königsberg** wird gemeldet, daß nach der Aufhebung des Belagerungszustandes die Partei sofort in eine öffentliche Versammlungskampagne eintrat und an dem Ausbau der Organisation herangegangen ist. Der Bezirk wurde eingeteilt in Unterbezirk Königsberg, Allenstein, Insterburg und Elbing. Die Einteilung in die Unterbezirke wird eine intensive Bearbeitung des Landes ermöglichen.

Die vom Parteitag beschlossene Beitragserhöhung stieß in der Stadt Königsberg im Anfang auf Widerstand, der aber inzwischen von den Genossen aufgegeben wurde, da sie die Notwendigkeit der Beitragserhöhung einsahen.

Kommunistische Fraktionen sind in allen größeren Betrieben gebildet. Die Genossen sind bemüht, diese Fraktionsbildungen auch in Mittel- und Kleinbetrieben durchzuführen. Die Betriebsfraktionen wurden zu einer Fraktionszentrale zusammengefaßt. Gewerkschaftsfraktionen sind in allen größeren Verbänden gebildet.

Bezirk Hannover.

Der Bezirk Hannover umfaßt jetzt 103 Ortsgruppen mit einem Mitgliederbestand von zirka 8000. Im allgemeinen ist eine Zunahme an Mitgliedern in den letzten Wochen zu verzeichnen. Es hat z. B. der Ortsverein Hannover im letzten Quartal 100 Mitglieder gewonnen, der Ortsverein Braunschweig 120. Im letzten Quartal wurden neugegründet drei Ortsgruppen mit 12, 17 und 26 Mitgliedern. Dabei ist bemerkenswert, daß in diesen Orten bisher die SPD. herrschte und ein Kommunist noch nicht zum Wort gekommen ist. In diesen neuen Mitgliedschaften wurden sofort 78 Abonnenten für die Parteizeitungen gewonnen.

Die Zusammenfassung der Mitglieder zu Zehnergruppen sowie zu Fraktionen in den Betrieben läßt noch viel zu wünschen übrig. Gut sind dagegen die Gewerkschaftsfraktionen. Auch die Bergarbeiterfraktion arbeitet sehr lebhaft. Fraktionen in dem Mieter- und Sportverein sind noch nicht geschaffen.

Aus der Internationale.

Diskussion über die Propaganda in der Kommunistischen Partei Frankreichs.

Im Anschluß an die Feststellung Frossards, daß der Partei keine neuen Kräfte zuströmen, schreibt A. Ker in der „Humanité": „Unsere Propaganda, deren Verdienste wir übrigens anerkennen, ist viel zu theoretisch. Das ist ihr wesentlicher Fehler. Das große Publikum bleibt gegenüber unseren abstrakten Theorien indifferent. Wir können sein Interesse erwecken, wenn wir die Kritik der kapitalistischen Gesellschaft auf die lokalen und Berufsbedingungen des Lebens der Arbeiter basieren. Unsere Organe und Institutionen müssen den Sinn für die ökonomischen, landwirtschaftlichen, kommerziellen Probleme entwickeln. Ker fordert etwas weniger Phrasen, in denen man dieselben gedankenarmen Allgemeinheiten wiederholt, und mehr gehaltvolle Vorträge, die ohne Phrasen die einfachen Alltagsvorgänge beleuchten. Eine solche realistische Propaganda wird den Einfluß der Partei bedeutend stärken, während die übrigen theoretischen Reden von den Massen gar nicht verstanden werden."

Zusammenschluß der Anhänger der 3. Internationale in der Sozialistischen Partei Italiens.

Aus Turin wird uns gemeldet: Die drei Delegierten der Sozialistischen Partei Italiens auf dem Moskauer Weltkongreß Lazzari, Maffi und Riboldi schreiten jetzt zur Gründung einer eigenen Fraktion der unbedingten Anhänger der 3. Internationale auf dem kommenden sozialistischen Parteitag in Mailand. Die drei haben einen Aufruf erlassen, in dem sie betonen, daß der Anschluß der Sozialistischen Partei Italiens an die 3. Internationale eine absolute Notwendigkeit ist; ferner, daß die Partei sich in keinerlei sonstige internationale Abmachungen einlassen darf, weil dies einen Verrat an der 3. Internationale bedeuten würde. Endlich, daß die Beschlüsse des dritten Moskauer Weltkongresses unbedingt von der italienischen Sozialistischen Partei durchgeführt werden müssen. Die drei laden alle Delegierten des Mailänder Parteitages, die auf demselben Boden stehen, zu einer Besprechung ein. Diese Gründung einer eigenen Fraktion durch Lazzari und seine Freunde wird zur Klärung auf dem Mailänder Parteitag erheblich beitragen.

Gewerkschaftliches.

Die Zustände im Leunawerke.

Vom Gewerkschaftskartell Halle wird uns geschrieben:

Nachdem in der Presse die Zustände im Leunawerk des öfteren kritisiert wurden, mußten die Gewerkschaften pflichtgemäß eine Untersuchung darüber anstellen, was an den erhobenen Anschuldigungen wahr ist. Deshalb kam es ihnen erwünscht, daß die Direktion der Leunawerke ihnen einen Besuch der gesamten Anlagen gestattete. Am Dienstag Vormittag fanden sich Vertreter des Bezirkskartells der Afa sowie der Gewerkschaftskartelle Halle, Merseburg und Weißenfels, die zugleich die für die Leunawerke in Frage kommenden gewerkschaftlichen Organisationen repräsentierten, in Leuna zusammen. Nach einer kurzen, an Plänen erläuterten Beschreibung der Lage und der Fabrikation des Werks durch Herrn Direktor Dehnel wurde unter Führung mehrerer sachverständiger Herren und Betriebsratsmitglieder ein 3½ stündiger Rundgang durch das Werk angetreten und dabei die wichtigsten Anlagen besichtigt. Bei dieser Gelegenheit wurde natürlich nicht verfehlt, so viel wie möglich Fragen an die im Werke beschäftigten Arbeiter zu richten.

Nach dem Rundgang wurde im Kasino eine ausgiebige und lebhafte Besprechung der gewonnenen Eindrücke vorgenommen. Dabei kam zum Ausdruck, daß man zu einem endgiltigen Urteil noch nicht gelangen könne, und es wurde einstimmig einem Vorschlage des Gewerkschaftskartells Halle zugestimmt, daß dies erst in einer von diesem Kartell einzuberufenden

Versammlung

stattfinden solle, an der auch Vertreter der Gewerktskartelle Merseburg und Weißenfels, der Afa, des Betriebsrats der Leunawerke, der Redaktionen aller im Bezirk vertretenen sozialistischen Zeitungen sowie nach Möglichkeit auch noch besonderer Vertrauensmänner der im Leunawerke beschäftigten Arbeiter und Angestellten teilnehmen sollen. Diese Versammlung findet **am Freitag, dem 21. Oktober, im „Volkspark" in Halle statt.**

Abwehrmaßnahme der Eisenbahner gegen Sabotierung des Acht-Stunden-Tages.

Der Deutsche Eisenbahnerverband, Ortsverwaltung Groß-Leipzig schreibt unter dieser Ueberschrift folgendes:

Seit längerer Zeit schon versucht das Reichsverkehrsministerium die durch die Revolution errungenen sozialen Erfolge der gesamten Eisenbahnerschaft wieder aus den Händen zu ringen. Der Eisenbahnminister Gröner mit seiner reaktionären Umgebung ist auf dem besten Wege, unsre beste soziale Errungenschaft, den 8-Stunden-Tag, in einen 10- und 12stündigen umzuwandeln. Der Eisenbahndirektionsbezirk Halle (Saale) wird als derjenige von allen Bezirken herausgegriffen, wo man denkt, ein Versuchsobjekt gefunden zu haben, um die beabsichtigten Maßnahmen auf das ganze Reichseisenbahngebiet auszudehnen. Sollte dieses Experiment bei den Eisenbahnern glücken, so wird man seitens der Reaktion einen Weg gefunden haben, um dieses System auf die gesamte Reichs-, Staats-, Kommunal- und letzten Endes auf die Industrie-Angestellten- und Arbeiterschaft zu übertragen. Gewisse Kreise verstehen es, Konferenzen auf Konferenzen anzuberaumen, um die wenigen Rechte der Beamten und Arbeiter zu vernichten. Vom 31. Mai bis 3. Juni d. J. fand in Goslar eine **Reichskonferenz sämtlicher Eisenbahnpräsidenten** oder dessen Dezernenten unter Vorsitz des Ministerialrats Dr. Roser statt, bei welcher in viertägiger Beratung lediglich die Hauptmaterie: **„Entrechtung fast sämtlicher Errungenschaften nach dem Lohntarifvertrag,** Allgemeine Arbeiterangelegenheiten und Betriebsräte-Angelegenheiten und Schlichtungswesen" beraten wurde. In diesen vier Tagen sind diese Herren so emsig tätig gewesen, daß man auf Grund dieser Goslarer Tagung 24 Druckseiten Paragraphen herauskristallisiert hat, um die durch die Revolution erworbenen Rechte systematisch niederzuknütteln. Jedes jetzt erscheinende Amtsblatt in bezug auf das Personal gibt den klarsten Beweis, daß man streng nach den Goslarer Richtlinien arbeitet.

Nach Abschluß der Beamtenratswahlen bei der Reichseisenbahn hielt es Herr Eisenbahn-Minister Gröner für notwendig, am 6. und 7. Oktober d. J. in München eine erneute Konferenz mit seinem Stab abzuhalten. Bald wird es sich zeigen, daß man auch auf dieser Tagung eine starke Attacke auf das Beamtenrecht in Szene gesetzt hat. Seit einiger Zeit schon ist in vielen Dienststellen des Bezirks Halle (Saale) der 12stündige Dienst über den Kopf der Beamten- und Betriebsräte hinweg einfach verwaltungsseitig diktiert worden, desgleichen die selbstherrliche Einführung der geteilten Arbeitszeit. Die Organisationen haben fast ein Vierteljahr schon gegen diese Willkür Protest eingelegt und haben auf den vorgeschriebenen Instanzenwegen verhandelt, leider vergebens. Ja, man ist verwaltungsseitig so weit vorgeschritten, daß man die Bediensteten, welche einen 12stündigen Dienst verweigerten, einfach auf das Straßenpflaster setzte. Man arbeitet verwaltungsseitig mit dem Motto: **„Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt."** Einen kleinen Beweis, wie auch außerdem der Bureaukratismus bei der Eisenbahn-Direktion Halle (Saale) grassiert, zeigt folgende Sonderverfügung:

Eisenbahn-Direktion Halle (Saale).

21. Tm. 31 vom 7. September 1921.

„Das Rauchverbot in den Betriebs- und Wagenwerkstätten allgemein wieder einzuführen, ist zur Zeit nicht angängig. Es darf jedoch nicht geraucht werden an denjenigen Arbeitsstellen, wo durch das Rauchen eine Feuersgefahr entsteht, z. B. bei den Arbeiten mit Benzin und andern leicht entzündlichen Stoffen, in den Stellmachereien, den Tischlereien usw. **Ebenfalls ist das Rauchen verboten, wenn zur Arbeit beide Hände gebraucht werden, weil dadurch die Schnelligkeit der Arbeitsführung und die Güte der Arbeiten leiden; d. h. also die Auswüchse des Rauchens bei der Arbeit müssen beseitigt werden, usw.** gez. Gärtner."

Wollte man nun erst die Amtsblattverfügungen der Eisenbahndirektion Halle a. d S. alle veröffentlichen, welche gegen das Beamten- und Arbeiterrecht verstoßen, so würde dies zu weit gehen, hier alles aufzuführen. Hinzu kommt, daß gewisse Kreise am Werke sind, die Reichseisenbahn zu privatkapitalisieren. Dem muß endlich einmal ein Paroli entgegengesetzt werden. Der Reaktion soll durch die Tat gezeigt werden, daß der größte Teil der Eisenbahn-Beamten und -Arbeiter treu zur Republik steht und nicht länger gewillt ist, sich die letzten Rechte, die sie durch die Revolution errungen haben, aus der Hand reißen zu lassen.

Es ist deshalb am 9. und 10. Oktober d. J. im Eisenbahndirektionsbezirk Halle a. d. S. einschließlich aller im Weichbild der Stadt Leipzig liegenden ehemals sächsischen Dienststellen eine Urabstimmung von seiten der drei Eisenbahner-Organisationen (ausgenommen der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter); dem Deutschen Eisenbahner-Verband, dem Allgemeinen Eisenbahner-Verband, der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner- und Staatsbediensteter vorgenommen worden, nach welcher festgestellt werden soll, ob die Eisenbahner gewillt sind, der Verwaltung durch das letzte gewerkschaftliche Abwehrmittel, den Streik, ein Paroli entgegenzusetzen. Trotz wankelmütiger Haltung der örtlichen Vertreter der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter haben viele dieser Mitglieder ihr Abstimmungsrecht doch ausgeübt. An der Abstimmung haben sich 70 Prozent aller Leipziger Eisenbahner beteiligt. Das Abstimmungsergebnis zeigte bisher folgendes Bild: Stimmen insgesamt abgegeben: 7298, Stimmen **für** den Streik: 6947, **gegen** den Streik: 293, ungültige Stimmen: 58.

Nun hat der Eisenbahn-Minister Gröner das Wort! Dem reisenden Publikum wird bei evtl. Inkrafttreten des Streiks rechtzeitig von den Organisationen Kenntnis gegeben. In Anbetracht der ernsten Situation für die Eisenbahner in ihrer wirtschaftlichen Notlage und in Anbetracht der Sabotierung des Acht-Stunden-Arbeitstages appellieren wir an das Verständnis aller Volksgenossen.

An alle Lohn- und Gehaltsempfänger bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung.

Kollegen und Kolleginnen!

Nur wenige Tage trennen uns von der **Wahl zum Zentralrat beim Reichspostministerium in Berlin.**

Am 15. bis 17. Oktober müssen alle Arbeitnehmer an ihre Zukunft denken und bei der Abgabe der Stimmzettel ihre ganze Person in die Wagschale legen.

Es gilt zu beweisen, daß das Post-, Telegraphen- und Fernsprechpersonal einmütig zusammensteht und ein großes Interesse an seinem Mitbestimmungsrecht innerhalb der Reichspost- und Telegraphenverwaltung hat.

Großes steht auf dem Spiele! Die Reaktion ist bereits auf dem Marsche!

Der Achtstunentag bei der Reichspost und Telegraphenverwaltung ist in Gefahr. Tausende bewährte Posthilfskräfte im unteren und mittleren Beamtendienst, die schon jahrelang im Dienstverhältnis stehen, sollen trotz unserer erhobenen Proteste entlassen werden, trotzdem in der letzten Zeit noch Neueinstellungen in vielen Orten vorgenommen worden sind.

Das sind ernste Zeichen, die allen Kollegen zum Nachdenken Anlaß geben müssen. Wer mit uns gegen die Knechtung, Unterdrückung und Verelendung aller Arbeitnehmer kämpfen will, der muß **die Vorschlagsliste des Deutschen Verkehrsbundes, am Tage der Wahl abgeben.**

Wahltag ist Zahltag!

Auf unserer Vorschlagsliste vereinigen sich alle Berufe in der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. Aus dem Bezirk der Ober-Postdirektion Halle ist der **Kollege Niemer aus Halle, Vorsitzender des Bezirksbetriebsrats,** mit zur Wahl gestellt. Sorgt dafür, daß auch der letzte Kollege und die letzte Kollegin sich an der Wahl beteiligen. Alle über 18 Jahre alten Arbeitnehmer sind wahlberechtigt. Auf jede Stimme kommt es an!

Laßt Euch nicht irreführen durch die verschiedenen Vorschlagslisten, sondern **wählt einig und geschlossen die Vorschlagsliste des Deutschen Verkehrsbundes,** beginnend mit Franz Großmann, **Posthelfer, Berlin.**

Hinein in den Wahlkampf! — Heraus aus der Reserve!

Tut Eure Pflicht!

Deutscher Verkehrsbund (Reichsabt. Post- u. Telegraphen-Personal, Bezirk Halle, Dryanderstraße 10, Telephon 3166.

Lohnkämpfe im Reich.

Sieg der Berliner Holzarbeiter.

Berlin, 12. Oktober. Die Berliner Holzarbeiter haben ihren Streik beendet. Der Reichsmantelvertrag wurde anerkannt und wesentliche Lohnerhöhungen wurden vorgenommen.

Vor einem Streik der Berliner Metallindustrie. Berlin, den 11. Oktober. („Voss. Zeitg.") Die Abstimmung in den Metallbetrieben hat eine große Mehrheit für den sofortigen Streik ergeben. Nach dem augenblicklichen Stand der Dinge ist morgen der Ausbruch des Streikes in der Metallindustrie zu erwarten.

Gescheiterte Verhandlungen in der Thüringer Metallindustrie. Die Verhandlungen zur Beilegung der Lohnkämpfe der Metallarbeiter sind gescheitert. Die Unternehmer lehnten den Einigungsvorschlag der Regierungsvertreter ab. Der Kampf geht auf der ganzen Linie weiter.

Betriebsdemonstration auf der Vulkanwerft. Am 6. Oktober versammelte sich die Belegschaft der Vulkanwerft vor dem Direktionsgebäude, um eine Wirtschaftsbeihilfe von 500 Mark pro Kopf der Belegschaft und 100 Mark pro Kind und Frau zu erreichen. Die Direktion wollte nur einen Vorschuß von 200 Mark bewilligen. Dieses Angebot lehnten die Arbeiter ab.

Streik auf der Dortmunder Union. Der „L.-A." meldet aus Essen: Auf der Dortmunder Union trat gestern ein Teil des Hochofen- und Thomasstahlwerkes wegen Lohndifferenzen in einen wilden Streik. Da durch den Ausstand auch die Stromerzeugung unterbunden war, mußte das ganze Werk stillgelegt werden.

Vom Gastwirtsgehilfenstreik in Berlin. Der Streik der Gastwirtsgehilfen in Berlin geht in unverminderter Kraft weiter. Während die Unternehmer versuchen, einesteils durch Streikbrecher und anderteils durch Terrorakte gegen die Unternehmer, die die Forderungen der Angestellten bewilligen wollen, die Front der kämpfenden Arbeiter zu durchstoßen, ist es der einmütigen Geschlossenheit der kämpfenden Gastwirtsgehilfenschaft gelungen, erhebliche Vorteile zu erringen. So hatten bis Sonnabend 380 Betriebe mit mehr als 6000 Angestellten die Forderungen der Arbeiter bewilligt.

Elektrikerstreik in Lübeck. Vom 7. Oktober an streiken in Lübeck die Elektriker, um Lohnforderungen durchzusetzen.

Lohnbewegung der Hamburger Klempner. Die Hamburger Klempner lehnten einen Schiedsspruch ab, der ihren Lohnforderungen nicht genügend entgegenkam. In einer Versammlung wurde beschlossen, am Montagmittag 12 Uhr demonstrativ die Arbeit zu verlassen und in einer Versammlung über die Arbeitseinstellung zu beschließen.

Streik der Leipziger Parkettleger. Da die Arbeitgeber die geringen Lohnforderungen der Parkettleger ablehnten, hat diese Branche am 6. Oktober geschlossen die Arbeit niedergelegt.

Aussperrung der thüringischen Porzellanarbeiter. Der Streik der Porzellanarbeiter in Rudolstadt und Umgebung hat eine Verschärfung erfahren. Alle beteiligten Arbeiter sind von den Unternehmern fristlos entlassen worden. Nach einlaufenden Meldungen traten am 8. Oktober die letzten Betriebe des Thüringer Waldes in Streik und der Kampf beginnt auch auf die Porzellanindustrie Nordthüringens überzugreifen.

Der Kampf der Buchdrucker. In Harburg sind die Buchdrucker am 8. Oktober in den Streik getreten, so daß nun der ganze Wirtschaftsbezirk Groß-Hamburg, also Hamburg, Altona, Wandsbeck und Harburg ein geschlossenes Kampfgebiet bilden. In Flensburg haben die Prinzipale ein Anerbieten von 20 Mark über den Tarif gemacht. Die Buchdrucker haben aber abgelehnt und kämpfen weiter für ihre Forderungen. — Die Buchdruckergehilfen in Unna sind gleichfalls in den Streik getreten.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten.

KPD.-Metallarbeiter-Fraktion. Donnerstag, nach Schluß der Arbeitszeit Material abholen. Lerchenfeldstraße 14. O. Müller.

Buchbinder und Papierverarbeiter. Alle Kollegen und Kolleginnen unserer Organisation, die Mitglieder der KPD. sind, werden zu einer Sitzung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 14, am Donnerstag, dem 13. Oktober, abends 7 Uhr, eingeladen. Mitgliedsbuch der Organisation und Partei ist vorzuzeigen.

Obmann der Fraktionen.

Neues aus aller Welt.

Großfeuer. Wie der „L.-A." aus München berichtet, legte in Weltringen bei Hofheim (Bayern) ein Großfeuer ein ganzes Dorfviertel in Asche. 27 Gehöfte wurden völlig vernichtet. — Nach dem „L.-A." entstand in Lanze (Provinz Hannover) ein Großfeuer, das in kurzer Zeit fünfzehn Wohnhäuser mit Ställen und Scheunen sowie 32 andere Gebäude einäscherte. Fast die gesamten Erntevorräte wurden vernichtet.

Die erste Klasse aus den D-Zügen entfernt. Berlin, 11. Okt. („Voss. Zeitg.") Die erste Klasse aus den D-Zügen ist soeben im Winterfahrplan nachträglich entfernt worden.

22 deutsche Matrosen wegen Meuterei festgenommen. München, 11. Oktober. (TU.) Am Montag 11 Uhr nachts trafen 22 deutsche Matrosen auf der Fahrt von Triest unter Bedeckung in München ein. Die Matrosen wurden in Polizeiarrest gebracht, von wo sie am Mittwochfrüh nach Hamburg weiterbefördert werden. Sie kamen auf dem Seewege von Athen und werden sich wegen Meuterei vor dem Seemannsgericht zu verantworten haben. Wie aus den Papieren hervorgeht, scheinen sie auf dem deutschen Dampfer E. Siewer in Pyräus die Arbeit verweigert zu haben.

Urteil im Mordprozeß Hemberger. Berlin, 10. Oktober. In dem Mordprozeß Hemberger bejahten die Geschworenen bei Protze nur die Schuldfrage nach Totschlag, bei Frau Hemberger nur die Schuldfragen nach Begünstigung nach der Tat, Urkundenfälschung und Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung. Bezüglich der Frau Weise wurde die Frage nach Begünstigung bejaht. Der Staatsanwalt beantragte gegen Protze 10 Jahre Zuchthaus, gegen Frau Hemberger 3½ Jahre Gefängnis und gegen die Angeklagte Weise 8 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete gegen Protze auf 5 Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von 1 Jahr und 4 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft, gegen Frau Hemberger auf 2½ Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 1 Jahr und 3 Monaten Untersuchungshaft und gegen Frau Weise auf 1 Monat Gefängnis.

Unterdrückung der Marokkaner. Madrid, 9. Oktober. Die Wirkung der letzten spanischen Erfolge auf die Kabylen verstärkt sich. Einige Stämme scheinen zur Unterwerfung geneigt. Andere haben sich über den Kertfluß zurückgezogen.

Madrid, 9. Oktober. Von amtlicher Seite wurde Pressevertretern die Lage in Marokko als günstig bezeichnet. Die Auflösung der marokkanischen Heerhaufen mache Fortschritte.

Der indische Aufstand. London, 10. Oktober. „Daily Telegraph" erfährt aus Allahabad, daß die aufständischen Moplahs alle Hindus, Männer, Frauen und Kinder, niedermetzelten. Der Führer der Aufständischen plane die Errichtung eines Moplah-Königtums in Ernad.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211012-15/fragment/page=0003

Wie entstehen Runzeln?

Warum altert zuerst das Gesicht und erst viel später Arme, Schultern und Nacken usw.?

Um diese Frage zu beantworten, muß man weiter fragen: Wird das Gesicht anders behandelt als die übrigen Körperteile? Und da haben wir die Lösung sofort: Das Gesicht wird häufiger und auch stärker mit Wasser und Seife behandelt.

Der Organismus bildet Fett und sondert durch die Haut Fett ab. Nicht um diesen wertvollen Stoff zu verschwenden, denn der Organismus verschwendet nichts, sondern um die Haut zu schützen.

Die Seife aber löst Fett auf, verwandelt es ebenfalls in Seife.

Hätte die Natur die Poren der Haut durch Seife schützen wollen, statt durch einen feinen Fetthauch, so wäre ihr das ein leichtes gewesen. Sie wollte aber Fett, und der Mensch verwandelt es in Seife. *1252

Die Weiber des Altertums kannten keine Seife, sondern reinigten den Körper durch Salben. Damen, welche alle Geheimnisse der Schönheitspflege kennen, tun es heute noch.

Wer darin Erfahrung hat, kennt sie unter Tausenden heraus: Sie altern nicht!

An eine solche Dame, Ninon de Lenclos, knüpft sich eine tragische Begebenheit. Ihr eigener Sohn, der seine Mutter nicht kannte, verliebte sich in sie, als sie schon eine Greisin, aber dem Aeußeren nach ein junges Mädchen war, und erschoß sich, als er die Wahrheit erfuhr.

Die vor noch nicht langer Zeit auf Schloß Löbichau in Thüringen im Alter von über 90 Jahren verstorbene Acarenca Pignatelli, Herzogin von Kurland, bezauberte noch im Alter von 60—70 Jahren die Herzen der Männer.

Auch heute noch gibt es Damen, denen man ihr Alter nicht im entferntesten ansieht. Wir sind nicht so unedalant, das wahre Alter einer bekannten Bühnenschönheit zu verraten, aber ihr Toilettegeheimnis wollen wir enthüllen, es heißt „Maryland-Creme".

Vorsichtsmäßig angewandt, was täglich nur einige Minuten mehr Zeit erfordert als das Waschen mit Seife, kräftigt die Haut- und Gesichtsmuskeln, die herabgesunkenen Partien bekommen wieder Halt, die Runzeln gleichen sich wieder aus.

Nicht jahrelange Behandlung ist dazu nötig, sondern der Erfolg zeigt sich bald.

Wenn man sich unter Berufung auf diese Zeitung an den „Maryland-Vertrieb", Berlin, wendet, so erhält man kostenlos eine interessant gehaltene Broschüre, in welcher das alles viel ausführlicher klargelegt wird, als es der Raum, der mir für diesen Artikel zur Verfügung steht, erlaubt.

Man erhält sogar, wenn man darum ersucht, kostenlos eine kleine Probe der „Maryland-Creme" und kann sich durch den Versuch, der in der Broschüre näher beschrieben ist, überzeugen, daß es keine bloße Theorie ist, wenn ich sage, daß Seife die Schönheit verdirbt, Maryland aber sie erhält und wiederbringt.

Besonders möchte ich diesen Versuch auch allen denen empfehlen, die an Hautunreinigkeiten leiden, zu denen ich nicht nur Mitesser und grauen Teint, sondern auch andere Schönheitsfehler rechne. Ich empfehle sofort zu schreiben, da die Firma diese Gratisproben nur kurze Zeit abgeben wird. Die genaue Adresse ist: Maryland-Vertrieb, Berlin Nr. 716, Friedrichstr. 18.

K·P·D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher: 1473. Postscheckkonto Leipzig 32448. Otto Stichler, Bezirks-Sekretär. **Geschäftszeit:** Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabend nachmittags geschlossen.

Versammlungen

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher 1473. **Geschäftszeit:** Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Heute, Mittwoch, abend 7½ Uhr, Lerchenfeldstr. 14: **Zusammenkunft** aller Distriktsführer und -führerinnen und deren Stellvertreter.

Donnerstag, den 13. Oktober, in allen Distrikten, mit Ausnahme der Distr. 7a und 13: **Distriktsversammlungen.**

Distrikt 7a und 13 halten die Distriktsversammlungen Freitag, den 14. Oktober, ab.

Freitag, den 14. Oktober, abends 7½ Uhr, Lerchenfeldstraße 14: **Frauen-Diskussionsabend.**

Unterbezirk Wittenberg.

Wittenberg. Mittwoch, d. 12. Okt., abends 7½ Uhr, in Freudenbergs Lokal: **Funktionärsitzung.**

Wittenberg. Donnerstag, den 13. Oktober, abends ½8 Uhr, bei Freudenberg: **Oeffentliche Volksversammlung.** Thema: Oppau usw.

Kleine-Wittenberg-Piesteritz. Freitag, den 14. Okt. abends ½8 Uhr, im „Schützenhaus" zu **Klein-Wittenberg: Oeffentl. Versammlung.** Rußlandhilfe.

Bad Schmiedeberg. Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im „Schützenhaus" **Mitgliederversammlung.**

Löbnitz. Sonnabend, den 15. Oktober, abds. ½8 Uhr: **Oeffentl. Versammlung.** Thema: Die kommende Teuerung, neue Steuern, Brotpreiserhöhung und die Arbeiterschaft. Ref.: Gen. Sachse.

Unterbezirk Bitterfeld.

Pouisch. Donnerstag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr: **Oeffentl. Versammlung.** Thema: Steuern, Brotpreiserhöhung und die Arbeiterklasse. Ref.: Gen. Menzel (Halle).

Bitterfeld. Sonntag, den 16. Oktober, vorm. 10 Uhr: im „Fürst Bismarck": **Konferenz aller Gemeinde-, Kreistags- und sonstigen parlament. Vertreter des Unterbezirks Bitterfeld-Wittenberg. Alle parlam. Vertreter müssen erscheinen.**

Unterbezirk Mansfeld.

Eisleben. Heute Mittwoch, abend 8 Uhr: **Frauenabend.** Tagesordnung: 1. Stadtverordnetenwahl. 2. Vortrag: Warum brauchen wir komm. Kindergruppen. Allseitiges Erscheinen erwünscht.

Eisleben. Donnerstag abend 6 Uhr, im „Volkshaus": **Vorstandssitzung.**

Hettstedt. Heute, Mittwoch: **Oeffentliche Frauenversammlung.** Ref.: Gen. Reichert (Halle).

Unterbezirk Schkeuditz.

Schkeuditz. Donnerstag, den 13. Oktober, abends ½8 Uhr, im „Lindenhof": **Oeffentliche Jugendversammlung.**

Eine Kopierpresse

billig zu verkaufen. Zu erfragen im

Verlag „Klassenkampf", Harz 42-44.

Eckladen. F

Abbruch

der Dampfziegelei Hille, Halle-Trotha, Brachwitzer Str. 8, sind zu verkaufen:

Unterzüge 12 m lang, Rundhölzer bis 10 m Länge, Kanthölzer, Staketsäulen, Stollen, 500 Holzläden, Latten, Stalltüren, Mauersteine, Schamottesteine, Stücken, Radialsteine, Bruchsteine, Steinsplatten 20×20, Dachziegel, Töpferziegel, 1500 m gerade, guterhaltene, gebrauchsfähige Schienen 60 und 65 mm hoch, eis. Abdeckplatten, Rohre, Dachrinnen, eis. Fenster, Karrbleche, Karren usw.

*1253 **Berger & Lindner.**

Bekanntmachung.

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß **Lohnveränderungen**, wie sie namentlich durch tarifliche Abmachungen in neuerer Zeit eintreten, durch die Herren Arbeitgeber unserer Kasse innerhalb dreier Tage zu melden sind. Die Nichtbefolgung dieser Vorschrift zieht außer der in § 530 RVO. vom Versicherungsamt festzusetzenden Ordnungsstrafe auch noch Nebenstrafen des Kassenvorstandes in Höhe des Ein- bis Fünffachen der in Frage kommenden Beiträge nach sich.

Gleichzeitig werden die Herren Arbeitgeber gebeten, die neu aufgestellten Versicherungsnachweise, die zur Verteilung an die Versicherten bestimmt sind, bei der Kassengeschäftsstelle abzufordern und für die Verteilung an die in ihrem Betriebe Beschäftigten zu sorgen.

Halle, den 10. Oktober 1921. 3588

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

ges. K. Kleemann, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Die Luxussteuererklärungen für das dritte Kalendervierteljahr 1921 sind bis 31. Oktober 1921 bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe bis 500 Mk. im Umsatzsteueramt, Rathausstraße 17, einzureichen. 3586

Halle, den 8. Oktober 1921.

Der Magistrat (Umsatzsteueramt).

*1242

„Zur Quelle", 3580 Burgstr. 7.

Jeden Freitag von abends 8 Uhr an:

Wild- und Geflügel-Preisskaten.

Hierzu ladet freundlichst ein **Otto Schwarzkopf.**

3581 **„Kaffeegarten", Trotha.**

Donnerstag, den 13. Oktober 1921:

= Geflügel-Preis-Skaten. =

I. Serie: 3½ Uhr. II. Serie: 7½ Uhr.

8587

DUNLOP

Gummibereifung

in allen Größen zu **noch billigen Preisen**

für Fahrrad und Motorrad

kaufen Sie am besten im

Gummi-Spezialgeschäft

H. Bieder, Halle a. S.,

Gr. Steinstrasse 35 (gegenüber Kliniken).

Von heute an steht ein frischer Transport prima Bremer

Läufer- u. großer Futterschweine

in großer Auswahl sehr billig zum Verkauf.

Hermann Richter, Trothaer Str. 80.

Telephon 3752. 8585

Für Flechten-Kranke!

Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden, heile ich unt. Garantie mit meinem vielbewährten **Flechtenheil** in 8—14 Tagen. Zahlreiche Dankschreiben. Eine Flasche genügt. Preis 25 Mark. **F. Müller,** Heilkundiger, **Bremen.** *1227 Gr. Krummenstr. 23. Sprechstd.: 9—10 u. 3—4 Uhr.

Alle Mode-Zeitungen

empfiehlt die

Volks-Buchhandlung.

Stadttheater.

Donnerstag, b. 13. Oktbr., Anf. 7½, Ende 10¾ Uhr.

Die versunkene Glocke.

Musikdrama nach der Märchendichtung Gerh. Hauptmanns von Heinrich Böllner.

Freitag: **Das Vollamt** hierauf: **Die stumme Schönheit.**

Thalia-Theater.

Sonntag, den 16. Oktober, abends 7½ Uhr:

Zwangseinquartierung.

3582 Schwank von Arnold und Bach.

Sonnersprossen beseitigt über Nacht „Taint frei" . . ℳ 32,—

Gallensteine beseit. ohne Operation „Enzona" . . . . . ℳ 48,—

Mitesser, Hautunreinigkeiten verschwind. über Nacht d. „Bara" ℳ 65,—

Volle Büste erhalten Sie nur durch Büstenwasser „Notto" ℳ 52,—

Ueppigen Haarwuchs erzeugt „Lona", keine Glatze mehr! . ℳ 75,—

Hautjucken und Krätze verschwinden sofort „Pasta Klara" ℳ 28,—

Zahlreiche Dankschreiben. Garantie! Bei Nichterfolg Geld zurück. Versand diskret durch Laboratorium.

F. Müller, Heilkundiger, Bremen, *1228 Gr. Krummenstr. 23. Sprechstunden: 9—10 und 3—4 Uhr.

Reparaturen an **Uhren** sowie **Gold- und Silber-Gegenständen** und **Schmucksachen** übernimmt bei solider Ausführg. zu normal. Preisen.

H. Lerner, 1238 Uhren-Reparatur-Werkstatt, **Gr. Steinstrasse 85.** (gegenüb. Barfüßerstr.).

Kauft **Zigarren, Zigaretten** bei großer Auswahl billigst im **Zigarrenhaus** 1225 **Schuller, Krukenbergstr. 25.**

Bettnässer sofort bettrein. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. *1192 **Hygien. Versand Rosa Zwerenz Kraftling 31** b. Planegg.

Eine **TAT** für die revolutionäre Arbeiterschaft im Bezirk Halle-Merseburg, die in dieser Größe und Stärke noch von keiner Körperschaft erreicht worden ist, stellt ohne Zweifel die Produktiv-Genossenschaft für den Bez. Halle-Merseburg e. G. m. b. H., dar. Helfen mit, werde Mitglied und zeichne sofort Deinen Anteilschein

Riesen-Auswahl

Wettspielbälle

Mk. 75 85 95 125 145 165

Jungmann-Bälle

Mark 38 48 58 68 78

Gummiblasen, prima.

Fußballstiefel Jugendstiefel

dauerhaft, billig. 1230

Dreß, Hosen, Stutzen.

J. Schärer & Cie.

Grosse Ulrichstr. 40, Eingang Kaulenberg.

Hosenträger 1223

durchweg Gummi

Paar 11⁰⁰ Mark.

Leipziger Bazar,

Leipziger Straße 17.

Gesellschaftsspiele, Selbstbeschäftigungsspiele, Modellierbogen aller Art

empfiehlt 3588

Albin Hentze,

24 Schmeerstr. **24.**

Pelz-Kragen

Muffe, Barette werden neu angefertigt und umgearbeitet. Alle Arten Felle werden gegerbt und gefärbt.

Solfrian, 1232

Böllberger Weg 7.

Hygienische und *1220 **sanitäre Bedarfsartikel.**

Preisliste gratis durch **Versandhaus „Rheinland"** Essen-Ruhr, Postfach.

Köstritzer Schwarzbier

Habe mit Köstritzer Schwarzbier bei Wöchnerinnen gute Erfolge erzielt. **Dr. G. in L.**

Ich habe das Köstritzer Schwarzbier mit Vorliebe bei stillenden Frauen mit gutem Erfolg angewandt. **Dr. med. H. in G.**

Ein Mittel par excellence ist das Köstritzer Schwarzbier für stillende Mütter. Meine Frau trinkt täglich 2 auch 3 Flaschen, sie bekommen ihr vorzüglich und dabei gedeiht das Kind prächtig. **Dr. med. K. in B.**

Köstritzer Schwarzbier stellt ein sehr erfrischendes, moussierendes Hausgetränk dar, das ich gern und mit Erfolg verordne. **Dr. V. in D.**

In alter Güte

aus reinem Gerstenmalz, ohne Zusatz von Zucker, Reis oder Mais.

1 Flasche Mk. 1,80 20 Flaschen Mk. 35,00

Generalvertretung:

Einkaufsvereinigung der Gastwirte e. G. m. b. H.,

zu Halle, Landsberger Str. 7. Fernspr. 6238

Alfred Scheibe, Niederlage **Karlstrasse 4** Fernsprecher 6398

und zu haben in den mit Plakaten bezeichneten Geschäften. *1251

Zeitungsträger

für **Büschdorf** gesucht.

Gewissenhafte Bewerber wollen sich melden bei **Schmidt,** Aeußere Delitzscher Straße 16. F

Hausmann,

welcher in der Lage ist, alle vorkommenden Arbeiten (Instandhaltung elektrischer Anlagen) zu erledigen, sowie Nachtdienst mit übernehmen kann, für **baldigen Antritt gesucht.**

Mitglied der KPD. und gewerkschaftlich organisiert Bedingung.

Produktiv-Genossenschaft,

F **Lerchenfeldstraße 14.**

Hausfrauen, spart Gas!

Warum ärgern Sie sich über Ihr schlechtbrennendes Licht? Vorbei mit den enorm **hohen Gasrechnungen!**

Sie erhalten durch mich einen neuen Gasapparat, welcher in keinem Haushalt fehlen darf.

Vermöge dieser einfachen, praktischen und konkurrenzlos billigen Vorrichtung, welche durch jedermann spielend leicht an **jeder Gaslampe** befestigt werden kann, ist jeder Gasverbraucher nicht nur in der Lage, ca. **30% Gas** (also die Hälfte der Gasrechnung) zu sparen, sondern er verbessert sogar bei dunklem Brennen die Helligkeit des **Gaslichtes** um ca. **300%**. Die Apparate sind **tausendfach** erprobt und liegen Anerkennungen aus allen Kreisen vor. *1256

Versand per 3 Apparate durch Nachnahme in Höhe von Mk. 26,—.

E. A. Bork, Hamburg 19, Eppendorfer Weg 17.

Vertreter an allen Orten gesucht!

Maurer- u. Zimmerleute

für hiesige und auswärtige Baustellen sofort gesucht.

Karl Lingesleben,

Baugeschäft,

Dryanderstraße 34. *1246

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211012-15/fragment/page=0004

Die Untersuchung der Oppauer Explosionskatastrophe.

Am Donnerstag, dem 6., und Freitag, dem 7. Oktober, tagte im Rathause zu Ludwigshafen a. Rh. der „Parlamentarische Ausschuß des Reichstags zur Untersuchung der Oppauer Katastrophe". Am selben Tage trat im gleichen Rathause der bayrische Untersuchungsausschuß zusammen. Dies war jedoch kein parlamentarischer, sondern hatte die bayrische Regierung beauftragte den Regierungspräsidenten in Speyer, einen Ausschuß nach seinem Gutdünken zu bilden. Dieser Ausschuß war zusammengesetzt aus Vertretern der Gewerbe- und Industrie-Aufsichtsbeamten, die, wie sich im Laufe der Verhandlungen zeigte, warme Fürsprecher des Anilinkonzerns und der Fabrikleitung waren, einem Vertreter der freien, einem der christlichen Gewerkschaften und der Angestellten. Außerdem hatte die Anilinfabrik einen Untersuchungsausschuß, bestehend aus Arbeitern und Angestellten des Betriebes, eingesetzt. Der bayrische Ausschuß hatte den Arbeiter-Untersuchungsausschuß zu seiner Verhandlung nur mit beratender Stimme zugezogen, da er bei der Untersuchung „Partei" sei. Der Parlamentarische Reichsausschuß beschloß, die drei Ausschüsse bei der ganzen Untersuchung zu einem zu vereinigen, die nun bei der Urteilsfällung selbständig ihr Urteil fällen müssen.

Als Grundlage zur Verhandlung lag nur eine einzige Reichstags-Drucksache vor, nämlich der Antrag des Abgeordneten Hermann Remmele (Kommunist), der 29 Fragen in vier Gruppen gegliedert stellte, die den Zweck hatten, den Ursachen der Katastrophe nachzukommen, die Schuldigen herauszufinden, und die Entschädigungsfrage der Opfer und Hinterbliebenen zu lösen. Auf Antrag des Abgeordneten Hoffmann (Soz.) wurde der Antrag Remmele als Grundlage der Verhandlungen genommen.

Die Anklageschrift des Arbeiterrats.

Der Untersuchungsausschuß des Betriebsrates unterbreitete dem Gesamtausschuß seine gleich nach der Katastrophe begonnene Untersuchung, die er auch bereits dem Untersuchungsrichter und der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankenthal unterbreitet hat, die gegen eine Anzahl Fabrikleute Anklage auf fahrlässige Tötung erhob. Das Ergebnis der Untersuchung des Arbeiterrates lautet:

Ludwigshafen a. Rh., den 4. Oktober 1921.

An den
Herrn Untersuchungsrichter Schäfer,
Frankenthal.

Wir übersenden Ihnen hiermit unsere Erhebungen in Sachen Katastrophe Oppau.

Die Nachtschichtarbeiter vom Bau 110, Wolf, Joseph, Ludwigshafen, Bismarckstraße 25, ferner Küfer und Lang, alle drei bei der Firma Kratz beschäftigt, sagen folgendes aus: (Gemeint sind die Nachtschichtarbeiter in Bau 110, die am Unglückstag, früh 6 Uhr, den Betrieb verließen. D. B.)

Dieselben beobachteten in der Nacht vom 20. auf 21. September im Silo 110 nebelartige Dämpfe, unter deren Einfluß sie körperlich schlaff, schläfrig und unwohl wurden. Wolf, der am tiefsten stand, empfand das am stärksten, so daß er ein Zittern bekam und nach Hause gehen wollte, hat aber trotzdem auf Anraten des Aufsehers Steiger die Schicht ausgehalten. Alle Nachtschichtarbeiter fühlten mehr oder weniger das Unwohlsein, so daß sie auf Anraten des Steigers an die frische Luft gingen. Dieselbe Wahrnehmung hat auch der Aufseher Steiger, wohnhaft hier, Gräfenaustraße 48, gemacht. Sämtliche Nachtschichtarbeiter erklären, daß in der Nacht bis 6 Uhr früh nicht gebohrt wurde.

Die Arbeiter von Bau 111 sagen alle übereinstimmend aus: Vor Mai 1921 wurde die fertige Produktion (Ammonsulfatsalpeter. D. B.) von Bau 111 auf Transportbändern und Schnecken in Silo 110 befördert, so daß dieselbe abgekühlt dort ankam. Von Mai an trat für die Beförderungsweise das sogenannte Spritzverfahren ein, welches bedingte, daß die Produktion in einer Temperatur von 40 bis 65 Grad im Silo ankam, weshalb im Silo große Hitze herrschte.

Die Arbeiter Weng und Neumann stellen fest, daß drei Tage lang ein neuer Versuch ausprobiert wurde, bei dem nicht wie bisher im Apparat gemischt wurde, sondern Ammonitrat und Ammonsulfat auf dem Laufband verteilt wurde. Die Betriebsleitung gibt das zu, will jedoch die Mischung durch Umbaggern im Silo vorgenommen haben.

Neumann gibt dann noch besonders an, daß die Ausflußrohre der Mischapparate sich zukrustallisierten, so daß sie mit glühenden Eisenstangen geöffnet werden mußten. Ein Zischen wie bei Pulver wurde von den ausführenden Arbeitern wahrgenommen.

Durch das Spritzverfahren entstand eine große Verstaubung, so daß das Innere des Silos wie eine Winterlandschaft aussah. Daß dieser Staub explosiv ist, beweist ein Fall, wo ein Arbeiter einen noch brennenden Zigarettenstummel im Silo in diesen Staub warf, worauf sofort eine große Flamme in die Höhe stieg, welche seine Mitarbeiter schnell erstickten. Durch die Verstaubung entstand ein Schwund, so daß die Betriebsleitung alle Fenster schließen ließ, weshalb die Hitze noch größer wurde.

Der leitende Sprengtechniker Gentner und sein Gehilfe haben schon seit längerer Zeit immer mit der Gefahr der Explosion gerechnet. Nach Angabe Gentners könne Humbe bei der Sprengung am Morgen des 21. September 16 Schuß verbraucht haben. Nach den Aussagen des von Oberaufseher Knaut und Frau Humbe muß aber eine größere Sprengung vorgenommen worden sein. Humbe habe seiner Frau gegenüber erklärt, ich habe größere Sprengungen vor. Auch das Verlangen des Humbe an Gentner, die Sprengung beizuwohnen und dieselbe photographisch aufzunehmen, ferner das Prahlen des Humbe am Tage zuvor dem Sprenggehilfen Wagner gegenüber: „Ich habe mit drei Schuß mehr Wirkung wie Sie mit 25 bis 30 Schuß!" erweckt in uns den Verdacht, daß Humbe nicht mit Sicherheitssprengstoff gearbeitet hat. Nachdem die Firma Kratz die Entleerung des Silos 110 im Akkord übernommen hatte, haben wir den Verdacht, daß Humbe besondere Extrabezahlungen für große Sprengungen erhielt, um die Arbeit zu steigern! Wir bitten die Lohnbücher unseres Werkes, sowie die der Firma Kratz kontrollieren zu wollen, um festzustellen, ob Humbe besondere Bezüge erhalten hat.

Am Tage der Katastrophe kam das 12 Jahre alte Töchterchen des Humbe zu Frau Ungerer, wohnhaft Fabrikstraße 19, und äußerte zur Beisein der Frau Trunk: „Wenn es meinem Vater geglückt wäre, so hätte er viel Geld erhalten und meine Mutter hätte ein neues Kleid bekommen!" Diese Aussagen bestärken uns in der Auffassung, daß Humbe durch Aufmunterungsgeld, Prämien und dergleichen, zu erhöhter Sprengleistung gereizt wurde!

Es ist nachzuprüfen, an Hand der Analysen und Bücher, wie der Mischungsprozeß vor sich ging. Besonders ist zu prüfen, ob der Mischungsprozeß auf dem Transportrad ein einwandfreier sein kann. Wir verweisen auf den Zeugen Aufseher König in Bau 11. Außerdem nennen wir noch folgende Zeugen. (Folgen sechs Zeugen.)

Die Auffassung der Untersuchungskommission des Arbeiterrates der Badischen Anilin- und Sodafabrik ist folgende:

Die Werksleitung der Anilinfabrik hat im letzten Jahre mit allen möglichen Mitteln versucht, die Produktion unter allen Umständen auf eine ganz enorme Höhe zu steigern. Dazu diente vor allem das Prämiensystem, das auch im Produktionsbau 111 angewendet wurde. Dieses System ist so beschaffen, daß die Bezahlung nach Tonnenzahlsteigerung vor sich geht. Es ist ganz natürlich, daß nach solcher Arbeitsmethode die nötige Vor- und Umsicht beim Mischungsprozeß nicht eingehalten wird, wie bei normalem Stundenlohn. Es ist leider Tatsache, daß, wo ein Anreiz zum Mehrverdienen gegeben ist, alle Gefahren auf Leben und Gesundheit vergessen werden.

Auch glauben wir, daß das neue Spritzverfahren zu dem Unglück beitrug, indem die Produktion in heißem Zustande im Silo ankam, dazu die Pulverisierung des Produktes, die die Explosionsgefahr wesentlich erhöht haben muß.

Zum Schlusse machen wir Sie noch auf folgende umlaufende Gerüchte aufmerksam:

1. Ein Chemiker von unserem Werk soll seiner Braut am Tage vor der Explosion gesagt haben: „Ich gehe morgen nicht ins Geschäft, es wird ein Versuch gemacht, der kann sehr schlimm ausgehen!"

2. Ein Arbeiter Koller, Bau 62, will von einem Chauffeur gehört haben, daß am Tage der Explosion zwei Professoren von Heidelberg in einem Auto von Ludwigshafen nach Heidelberg ein Gespräch führten, wonach ein Doktor der Chemie zu ihnen gesagt haben soll: „Es wird in Oppau ein Versuch ausgeführt, wenn der gelingt, so ist das ein großer wirtschaftlicher Fortschritt, wenn nicht, dann kann es ein Unglück werden!"

3. Ein Arbeiter Kaiser von Maudach sollte am Tage der Explosion früher zur Arbeit, zwecks eines Versuches, antreten. Der Versuch sollte, bis die Herren vom Bureau (8 Uhr) kommen, fertig sein.

Die Untersuchungskommission des Arbeiterrates
der Badischen Anilin- und Sodafabrik.

Die Zeugenaussagen.

Es wird beschlossen, die Anklageschrift des Arbeiterrates ebenfalls mit zur Grundlage der Untersuchungen zu machen. Die von dem Arbeiterrate und dem Abgeordneten Remmele genannten Zeugen aus den Arbeiter- und Angestelltenkreisen der Anilinfabrik werden geladen. Als „Sachverständige" werden geladen: Professor Dr. Gutbier von der Technischen Hochschule in Stuttgart, Professor Dr. Bosch, der Erfinder des Ammonsulfats, Direktor bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik und der Direktor der Badischen Anilin- und Sodafabrik Gaubl. Der Abg. Remmele (Komm.) bemerkte zur Frage der Sachverständigen: er unterscheide hier zwei Sorten von Sachverständigen, solche, die an dem Anilinkonzern beteiligt und interessiert sind, die daher als Sachverständige nicht in Frage kommen, und einem solchen, der zumächst als uninteressierter Sachverständiger gelten könne. Er behalte sich vor, im Laufe der Verhandlung weitere Sachverständige zu benennen. Zunächst beantrage er einen Konkurrenten des Anilinkonzerns als Sachverständigen zu laden. Als solcher komme der Direktor des Kalisyndikats in Frage. Unter der Begründung, daß das Kalisyndikat kein Konkurrenzunternehmen des Anilinkonzerns sei, wurde diesem Antrage nicht stattgegeben! Bis die Zeugen und Sachverständigen zur Stelle sind, wird am Nachmittag das Werk und der Ort Oppau besichtigt.

Die zweite Verhandlung beginnt mit der Vernehmung des Untersuchungsrichters beim Landgericht Frankenthal. Dieser beruft sich auf sein Amtsgeheimnis, aus welchem Grunde er über seine seit Wochen gehende Vernehmungen nichts aussagen dürfe. Der Vorsitzende des Reichsausschusses Abg. Schwarzer (Bayr. Volkspartei) belehrt ihn, daß er der Reichstagskommission jede Auskunft geben müsse. Der Untersuchungsrichter wird beauftragt, den Erfolg seiner Untersuchung in einem schriftlichen Berichte der Kommission zu unterbreiten. Die Einsicht in die Gerichtsakten behalte sich der Ausschuß vor. Der Untersuchungsrichter bemerkt noch, daß seine Untersuchung noch monatelang dauern würde.

In der dritten Sitzung, die im Rathause in Ludwigshafen stattfindet, werden zuerst die Fragen 1 und 2 des Antrages Remmele behandelt. Hierzu führte Professor Bosch, der Erfinder des Ammonsulfatsalpeters aus: Das Ammonsulfatsalpeter sei ein Doppelsalz, bestehend aus dem explosionsfähigen Ammonitrat und dem vollkommen ungefährlichen Ammonsulfat. Mit dem Ammonsulfatsalpeter seien eine große Anzahl von Versuchen gemacht worden, um es auf seine Explosionsfähigkeit und Brennbarkeit zu prüfen, aber bisher hätten alle Versuche in den Laboratorien und sonstigen Versuchsstationen negativen Erfolg gezeitigt. Professor Dr. Gutbier von der Technischen Hochschule bestätigt seine Ausführungen.

Der Abg. Remmele bestreitet, daß es sich beim Ammonsulfatsalpeter um ein Doppelsalz handle, es sei ein einfaches Mischsalz aus den genannten beiden Stoffen. Eine homogene Verbindung gingen beide Salze nicht ein. Auch sei es nicht so, daß das Ammonitrat allein, ohne Verbindung mit organischen Stoffen nicht explosiv sei. In jedem Schulbuch könne man lesen, daß das Ammonitrat sowohl sehr feuergefährlich und stark explosiv sei. Zur Begründung dieser Auffassung verliest Remmele eine Anzahl Aussätze aus bekannten Schulbüchern der technischen und landwirtschaftlichen Hochschulen vor, die von ersten Autoritäten geschrieben seien. Er beantragt, als Zeugen zu laden: Professor M. Hoffmann, Berlin, Ingenieur G. Voigtmann-Berlin, Dr. Bruno Waeser, Magdeburg und Landwirtschaftslehrer Eberhard Fink-Berlin. Abg. Kuhlenkamp (Deutsche Volkspartei), der ebenfalls Chemiker und mit Direktionsbeamten der Anilinfabrik sehr befreundet ist, bestätigt die Richtigkeit der aus den Schulbüchern genannten Tatsachen. Das stehe aber nicht im Widerspruch mit den Aussagen der Sachverständigen. Aus diesem Grunde brauchten die genannten Schulmänner nicht als Sachverständige geladen werden. Abg. Remmele weist abermals auf die ganz erheblichen Widersprüche hin, und verharrt auf seinem Antrage. Die genannten Lehrer, die ihre Tätigkeit in den Verbraucherkreisen des Kunstdüngers ausüben, wüßten jedenfalls auch aus der Praxis der Verbraucher wichtige Erfahrungen anzugeben, was die Ladung um so dringender mache. Die Beantwortung der Fragen 1 und 2 blieben damit offen.

Aussagen von Arbeitern.

Es wurde sodann in die Vernehmung der erschienenen Zeugen aus dem Betriebe der Anilinfabrik eingetreten. Der Arbeiter Neumann schildert in fließender Rede den Hergang des Produktionsprozesses. Er legt dar, daß seit Einführung des Prämiensystems nicht mehr so gewissenhaft gearbeitet wurde. Das Kochen der Salze geschehe lange nicht mehr mit der Sorgfalt wie früher. Die Masse käme in halbgekochtem Zustande zum Transport in den Silo, so daß eine Verbindung der Stoffe gar nicht stattfinden könne. Man hätte eben nicht genügend Zeit, um das Kochen abwarten zu können. Eine bestimmte Zeitdauer gäbe es für das Kochen überhaupt nicht, einmal würde lange, einmal nur sehr kurz gekocht. Vorschriftsmäßig müsse die Masse so lange kochen, bis sie restlos geröstet werden kann. Das sei aber unter dem Prämiensystem nicht mehr eingehalten worden. Wenn die Masse oben nur etwas flüssig war, wurde sie bereits zum Transport gebracht, das unten sitzengebliebene Salz habe man dann einfach zu der flüssigen Masse hinzugegossen. Nach seiner Meinung sei das eine große Gefahr, da hierdurch das Ammonitrat in Klumpen zusammenbleiben könne. Er habe auch die Ueberzeugung, daß der Stoff explosiv sei. Die Ausflußrohre haben sich stets kristallisiert. Dann mußten wir sie mit glühenden Eisenstangen aufschmelzen. Dabei sei stets ein Zischen hörbar gewesen und eine rote Schlflamme schoß aus den Löchern. Je fester man mit den Eisenstangen drückte, desto lauter wurde das Zischen, und desto größer die Flamme. Ein großer Mangel sei nach seiner Ansicht, daß die Herstellung des Produktes nicht im Beisein der Chemiker geschehe, sondern diese kämen nur ab und zu, um einige Minuten bei der Produktion zu verweilen. Die Produktion werde nur von Laien (Vorarbeitern) übernacht. Direktor Bosch bestreitet, daß das mangelhafte Kochen die Explosionsgefahr steigere, da ja beide Salze, wenn sie nur beieinander lagerten, die chemische Verbindung miteinander eingingen.

Die Arbeiter Wolf und Lang legten dar, daß in der Nacht vor der Explosion erstickende Dämpfe in dem Silo waren, so daß sie zeitweise die Arbeit verlassen mußten. Staub habe sich keiner gezeigt, es seien Gase gewesen. Es sei ihnen schlecht geworden.

Auf Befragen des Arbeiterrates bestätigte der Aufseher der Firma Kratz, daß die alten Arbeiter der Firma, als sie beauftragt waren, einen Tag vor der Katastrophe im Silo zu arbeiten, dies verweigerten, da man in dem erstickenden Gase nicht arbeiten könne. Sie wurden daraufhin entlassen, und so kam es, daß in der Nacht vor und am Tage der Katastrophe nur neue Arbeitskräfte tätig waren, die mit der Arbeit nicht vertraut waren.

Ingenieurvolontär Küfer bestätigt auf Befragen des Arbeiterrates, daß an drei Stellen, wo er die Masse anbohrte, Dämpfe aufgestiegen sind. Des weiteren wird festgestellt, daß im Silo 110 seit Mai nicht mehr gesprengt wurde. Im April wurde das Silo leer gesprengt, dann wurde zum Spritzverfahren geschritten und in den Silo die Masse eingespritzt und jetzt erst am 20. September sollte zum erstenmal in dem Silo gesprengt werden. Das wurde von allen Zeugen, selbst von dem Gewerbeaufsichtsbeamten Dr. Stöppel, festgestellt. Später versuchte die Betriebsleitung dies zu bestreiten. Auf die Frage, wann zum letztenmal gesprengt wurde, konnte sie keine Auskunft geben. Abg. Remmele fragt, ob man vor Beginn der ersten Sprengung am 20. September erst Versuche gemacht hatte, da es sich doch um eine Produktionsänderung handle. Dies wurde von der Betriebsleitung verneint. Auch die Aufseher und die Arbeiter bestätigten, daß keinerlei Versuche und Proben angestellt wurden. Sprenggehilfe Wagner teilt auf Befragen mit: Sprengmeister Humbe rief am Morgen des Unglückstages am Telephon an, und ersuchte den Sprengtechniker Gentner, mit seinem photographischen Apparat zu kommen, er (Humbe) habe eine Sprengung vor. Dann sagte Humbe, er erreiche mit einem Schuß mehr als Gentner mit 25 oder 30 Schuß!

Abg. Remmele fragt nun den Sprengtechniker Gentner, ob er oder Humbe außer dem Gehalt noch besondere Vergütungen erhalten habe. Gentner zögert mit der Antwort, und die Betriebsleitung erklärt, daß besondere Vergütungen für Sprengungen nicht bezahlt wurden. Gentner erklärt alsdann, daß er einmal vor langer Zeit, nachdem er durch Sprengung ein Kamin umgelegt habe, für gute Leistungen eine geringfügige Summe erhalten habe. Hierauf fragt der Arbeiterausschuß, ob dem Sprengtechniker nicht bekannt sei, daß Humbe von der Firma Kratz „Aufmunterungsgelder" erhalten habe, da ja diese das höchste Interesse an großen Sprengungen gehabt habe, und ob Gentner von jener Firma nicht auch Gelder angeboten wurden. Diese Fragen verneint Gentner. Er hätte von der Firma Kratz nie Gelder empfangen, ob Humbe solche erhielt, wisse er nicht. Der Ausschuß beabsichtigt, die drei Fragen, die zu diesem Gebiete gestellt sind, dem Untersuchungsrichter zu überweisen. Dem widerspricht der Abg. Remmele, der verlangt, daß der Reichsausschuß alle Fragen, die zur Aufklärung der Ursachen der Katastrophe dienen, selbst zu prüfen habe. Dies lehnt der Ausschuß ab.

Die Anfrage des Abg. Remmele, ob im Betriebe, insbesondere im Silo, Unfallverhütungsvorschriften ausgehängt seien, und ob die Arbeiter in den Silos unterrichtet waren von den Gefahren bei den Sprengungen, wurden von allen Arbeitern und Angestellten verneint. Der Aufsichtsbeamte Dr. Stöppel erklärt, daß für die Sprengungen gar keine Unfallverhütungsvorschriften bestünden, und daß er auch keine Veranlassung gehabt hätte, solche zu erlassen, infolgedessen konnten auch keine ausgehängt sein. Der Vertreter der Fabrik- und Gewerbeinspektion widersprach der Auffassung des Aufsichtsbeamten. Für die Sprengungen in Fabrikanlagen kämen die allgemeinen Unfallverhütungsvorschriften für Sprengungen in Steinbrüchen in Frage, sofern wegen der Gefährlichkeit mit jenem Stoffe keine anderen Vorschriften erlassen seien, und diese müßten mindestens ausgehängt sein.

Der Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses erklärt, daß sich nunmehr der Ausschuß auf 14 Tage bis drei Wochen vertagen müsse, da einige Mitglieder dringend abreisten müßten, einige Abgeordnete hätten Versammlungen übernommen, die schon lange festgesetzt seien usw. Dem widerspricht Abg. Remmele, da noch nicht die größten Arbeiten erledigt seien. Mitten in der Vernehmungen der Zeugen wolle jetzt der Ausschuß seine Arbeiten einstellen. Der Ausschuß müsse sich die Zeit nehmen, die Arbeiten so gründlich wie möglich zu machen. Von den Mitgliedern des Ausschusses sei zu fordern, daß sie jetzt ihre anderen Arbeiten hintanstellen müßten. Die übrigen Mitglieder des Ausschusses sind dagegen der Meinung, daß augenblicklich der Ausschuß nicht mehr viel tun könne. Die Sitzung werde auf einige Wochen vertagt, bis die Gutachten der Sachverständigen vorliegen, der Untersuchungsrichter weiter vorangeschritten sei usw. Der Fabrikdirektion, dem Arbeiterrat, den Sachverständigen, dem Untersuchungsrichter und dem Regierungskommissar sollen Fragebogen des Abg. Remmele zugestellt werden zur schriftlichen Gegenäußerung. Der Antrag Remmele, die von ihm genannten Sachverständigen zu laden, wird dahin geändert, daß diesen bestimmt formulierte Fragen zur schriftlichen Begutachtung vorgelegt werden. Remmele ersucht nochmals um Ladung, da das mündliche Verfahren doch andere Resultate zeitige als die schriftlichen Gutachten. Die Kommission beschließt, es zunächst bei den schriftlichen Gutachten zu belassen, und sich die Ladung auf die nächste Sitzung vorzubehalten.

Es werden alsdann noch zwei Kommissionen gebildet. Eine, die die Arbeiten, soweit sie am Orte notwendig werden, erledigen sollen, die von den Abgg. Hoffmann-Ludwigshafen (Zentrum), und Schwarz-Mannheim (USP.) gebildet ist. Die andere soll am gleichen Tage noch mit dem Regierungskommissar verhandeln, um die sozialen Maßnahmen der Gruppe IV der von Remmele gestellten Fragen zu behandeln. In diese Kommission werden bestimmt die Abg. Schwarzer, der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Hoffmann-Ludwigshafen und Remmele.

Die Verhandlung mit dem Regierungskommissar fand noch am gleichen Abend im Bezirksamt in Ludwigshafen statt. Der Regierungskommissar wird dem Ausschuß einen schriftlichen Bericht geben.

Arbeiter übt Solidarität!

Es starben allein in Mitteldeutschland:

89	Frauen und	121	Kinder	Ermordeter
994	„ „	1466	„	Gefangener
167	„ „	280	„	Gehetzter
6	„ „	8	„	Verwundeter

Summa: 1256 Frauen und 1875 Kinder.

Natürlich nicht!

Mannheim, 11. Oktober. Die Staatsanwaltschaft in Frankenthal hat die Untersuchung wegen des Oppauer Unglücks eingestellt, da keine Schuld eines Uebelannten ermittelt werden konnte.

Die Woche vom 9. bis 16. Oktober gilt der Sammlung für das hungernde Rußland.

Arbeiter, Genosse, was tust du für die Rußlandhilfe? Gehe hin und stelle dich deinem Ortskomitee der Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland zur Verfügung. Werde auch du ein Helfer in Not.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211012-15/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, den 12. Oktober 1921.

Mit Vorsicht zu genießen!

Das Winterprogramm der Volkshochschule Halle.

Die Volkshochschule Halle hat ihren Arbeitsplan für die ersten Wintermonate veröffentlicht und ladet zur Teilnahme an den Veranstaltungen ein. So lebhaft wir jedes Unternehmen begrüßen und unterstützen möchten, das durch geringe Gebühren und Abendveranstaltungen auch dem Arbeiter Gelegenheit gibt, sein Wissen zu erweitern, müssen wir doch darauf hinweisen, daß eine ganze Reihe der Vortragskurse, die die Volkshochschule in Aussicht genommen hat, als rein bürgerliche Veranstaltungen vom sozialistischen und kommunistischen Proletarier abgelehnt werden müssen. Es gibt Wissensgebiete, die man als sogenannte „objektive" zu bezeichnen pflegt, Geschichte, Kunst, Literatur und dergleichen. Vor solcher Empfehlung muß man sich hüten; es gibt keine „objektive" Wissenschaft. Außerdem kann ein Gelehrter mit bürgerlicher Auffassung sein Thema nicht anders behandeln, als vom bürgerlich-idealistischen, d.h. kapitalistischen Standpunkt aus. An einem Beispiel aus dem Vortragsprogramm der Volkshochschule sei dies klargemacht: Professor Menzer liest über Logik. Der Denkprozeß, den diese Vorträge behandeln, ist aber nach der Auffassung und Darstellung der bürgerlich-idealistischen Philosophie ganz anders, als nach den Grundsätzen der marxistischen, d. h. historisch-materialistischen Weltanschauung, die bewiesen hat, daß das Denken nicht etwas Selbständiges ist, sondern wie alle menschliche Tätigkeit unter dem Einfluß der Verhältnisse vor sich geht, unter denen der Mensch lebt und die auf ihn und seine Geistestätigkeit einwirken. Aehnlich verhält es sich mit den Darbietungen über Kunstgeschichte und Literatur. Ganz gleich, wie man die Kunstpflege betrachten will, ob historisch oder praktisch: die geistigen und kulturellen Ausstrahlungen der Völker und Menschen muß der Arbeiter, wenn er für ihr Studium Interesse haben sollte, unter dem Gesichtswinkel des Materialismus, der Entwicklung der Klassengegensätze und Produktionsmethoden, durchdringen. Mit der sogenannten „rein objektiven" Betrachtungsweise wird er nicht zum Ziele kommen. Vollkommen verwerfen möchten wir jedoch den Besuch der bisher genannten Vortragsreihen nicht. Wer die von den Gelehrten vorgetragenen Tatsachen sozialistisch-kommunistisch, d. h. gesellschaftskritisch zu würdigen versteht, wer also die historisch-materialistische Denkmethode beherrscht, kann ohne Bedenken an ihnen teilnehmen.

Die Kurse, die dem Sprachstudium (Englisch, Französisch) dienen; jene, die in die Technik, die Naturwissenschaften, die Medizin einführen (ansteckende Krankheiten, Elektrotechnik, Photographie) sind natürlich vollkommen einwandfrei und wir wünschen, daß recht viele Arbeiter und Arbeiterfrauen an ihnen teilnehmen, um ihr Wissen zu erweitern. Eine Reihe von Vorträgen müssen jedoch als tendenziös-bürgerlich von der Arbeiterschaft rundweg abgelehnt werden. Dahin gehört: „Das Seelenleben des Kindes, die Erziehung des Kindes im Elternhause und während der Schulzeit." Wir Kommunisten, wie die Proletarier überhaupt, müssen eine besondere Methode der Erziehung des Kindes pflegen. Ebenso ist es mit der „Lebensphilosophie", die der katholische Rektor Splett den Volkshochschulbesuchern näherbringen soll. Der Arbeiter hat und braucht seine besondere Lebensphilosophie. Er wird sich „Das Problem der Religion und die Gegenwart" auch nicht von einem Lizentiaten, also einem Pastor, vortragen lassen. Er wird vielmehr die sozialistischen Bücher zu diesem Gegenstand studieren, wenn er dafür Interesse zeigen sollte, insbesondere die kürzlich angezeigte Schrift: „Eildermann, Urkommunismus und Urreligion," in dem das Problem der Religion vom Standpunkt der Kommunisten aus erforscht, erklärt und erörtert wird. Unmöglich ist für den Arbeiter die Geschichtsorientierung durch Universitätsprofessor Dr. Hartung. Man braucht nur die Titel seiner Vorträge anzusehen: „Zeitalter Bismarcks, Zeitalter Wilhelms II., Einkreisung" usw. — und man weiß genug. Dieselbe ablehnende Haltung muß eingenommen werden gegenüber Universitätsprofessor Dr. Joerges, dessen Thema: „Recht und Gerechtigkeit im Menschen- und Völkerleben" lautet und der die wirtschaftliche und staatliche Entwicklung der Menschheit" unter der Idee des Rechts und der Gerechtigkeit" betrachten will. Als Privatvergnügen eines Gelehrten oder als Forschung in der Studierstube mag diese Uebung hingehen. Uns Arbeitern aber bleibe man mit der Auffassung vom Leibe, daß es in der Welt des Bürgertums überhaupt Recht und Gerechtigkeit gibt. Wieweit die Volkshochschule mit ihren Vortragsveranstaltungen sich von der früher stets betonten politischen Neutralität entfernt, zeigt das Beispiel des Vortrages mit dem Titel: „Die Technik der Politik," den der Geheime Regierungsrat Universitätsprofessor Dr. Waentig halten soll. Dieser Herr ist bekanntlich rechtssozialistischer Parlamentarier geworden, nachdem er eben der Sozialdemokratie beigetreten war. Vielleicht war das ein mutiger Schritt, ob aber durch ihn die Voraussetzungen geschaffen worden sind für die sachkundige Erörterung der politischen Technik, das ist doch eine andere Frage. Wir wissen nicht, wie Herr Waentig in der Sozialdemokratie steht. Wenn er aber zu den Vertretern der Parteivorstands-Richtung sich zählt, wäre es leicht möglich, daß er in seinem Vortrag die Methoden der Sozialdemokratie zur Vernichtung der Revolution und der Arbeiterbewegung überhaupt auf dem Görlitzer Wege propagieren würde, gegen welches Verfahren sich selbst in der Partei des Herrn Waentig neuerdings eine lebhafte Rebellion geltend macht.

Wer also im Wissensdrang und in der Absicht der Erweiterung seiner Kenntnisse das Programm der Volkshochschule Halle zur Hand nimmt, möge vor seinen Entschlüssen des Wortes eingedenk sein: Mit Vorsicht zu genießen!

Kein Geld für ein hungerndes Volk, aber 100 000 Mark zu „Ehrengaben" und Personenkult.

Der Magistrat, der nach den Aeußerungen des Stadtrats Velthuysen kein Geld für die hungernden Russen, also für ein hungerndes Volk geben kann, „weil wir selbst noch fremdes Geld annehmen müssen", hat 100 000 Mark für eine Einzelperson übrig. Dem Geheimrat Abderhalden soll für die Ablehnung des Rufes an die Universität Basel eine Ehrengabe von 100 000 (hunderttausend!) Mark überreicht werden.

In geheimer Sitzung stimmte die Stadtverordnetenversammlung gegen die Stimmen der Kommunisten diesem Beschluß des Magistrats zu. Da die Bewilliger offenbar kein gutes Gewissen hatten, wurde trotz der Verlegung dieser Besprechung in die geheime Sitzung noch besondere Geheimhaltung des Erörterten beschlossen.

Es fällt uns gewiß nicht ein, die wissenschaftlichen Verdienste Professor Abderhaldens verkleinern oder gar anzweifeln zu wollen; wir müssen uns jedoch grundsätzlich gegen jeden derartigen Personenkult erklären und darin eine für einen wirklich verdienstvollen Mann merkwürdige Ehrung sehen. Wenn Professor Abderhalden und die von ihm geleiteten Institute zur Fortsetzung ihrer Arbeit einer Unterstützung bedürfen, so ist es Aufgabe des Staates, diese zu gewähren. Das Bemerkenswerteste an dem Zustandekommen der Ehrengabe ist jedoch die Tatsache, daß ausgerechnet Oberbürgermeister Rive die „Anregung" dazu gab, derselbe Oberbürgermeister Rive, der noch vor gar nicht langer Zeit erklärte: „Ich kann doch nicht zu diesem Manne (Abderhalden) gehen".

Der rote Kindersonntag.

Am Sonntag vormittag hatte sich im Restaurationssaale des „Volksparks" eine stattliche Anzahl sozialistischer Schulkinder, etwa 1000 an der Zahl, versammelt. Sie wollten gegen die Konfessions- und Standesschule demonstrieren. Ihre Gesichter glühten vor kindlicher Freude und Kampfeslust. Jedem erwachsenen Genossen bewegte sich das Herz beim Anblick der Kleinen, die trotz ihres zarten Alters bereits den Funken des Klassenkampfgedankens in ihrer Seele hatten. Mancher erwachsene Genosse könnte sich an diesen Kleinen ein Beispiel nehmen. Genosse Schönlank sprach anstelle des verhinderten Oberlehrers Dr. Neubauer, Ruhla. Bevor er seine Rede begann, sangen die Kleinen mit heller Begeisterung zur Einleitung die Internationale.

Schönlank sprach in packender Weise zu den Kindern. Er verstand es, durch einfache Sprache die Kinder bis zum Schlusse seiner Rede zu fesseln. An Beispielen aus dem Leben der Kleinen zeigte er ihnen, daß die Welt in zwei sich heftig befehdende Klassen zerfällt: in die Arbeiterklasse, der ihre Eltern angehören und in die Kapitalistenklasse, die ihre Eltern ausbeutet. Er zeigte ihnen, wie die Eltern den Kampf gegen die herrschenden Gewalten führen müssen und betonte, daß auch die Kinder in diesem Kampfe nicht abseits stehen dürfen. Besonders schwer sei der Kampf um die Schule, die heute nur ein Werkzeug der kapitalistischen Gesellschaft sei, die den Kindern die Gedankenwelt der Herrenklasse aufzwingen will. Die Sozialisten müßten jedoch fordern, daß die Schule verweltlicht würde, und daß in dieser weltlichen Schule nur die proletarische Weltanschauung vorgetragen werden dürfte. In dem Kampf um diese Weltanschauungsschule müßten die Kinder mithelfen. Als Genosse Schönlank den Kindern sagte, daß sie, wenn die Lehrer von ihnen das Singen nationalistisch-hurrapatriotischer Lieder forderten, sie mit der Internationale, dem Rotgardistenmarsch oder anderen Liedern einsetzen sollten, erhob sich ein Sturm hellster Begeisterung unter den Kleinen. Auch sonst zeigte Genosse Schönlank ihnen, wie sie den Kampf mit der Schule aufnehmen müßten.

Ein sechsjähriges Mädchen forderte dann die anwesenden Kinder auf, den kommunistischen Kindergruppen beizutreten.

Die Versammlung wurde unter dem Absingen des Rotgardistenmarsches geschlossen. Hierauf ordneten sich die Kinder zu einem Demonstrationszug durch die Stadt. In Viererreihen unter dem Vorantragen roter Fahnen und unter dem Absingen der Internationale und anderer Kampflieder setzte sich der Zug in Bewegung. Auf dem Markte vor dem Händeldenkmal sprach Genosse Schönlank noch einige anfeuernde Worte an die Kinder. Der Zug der Kinder machte einen starken Eindruck auf die Bevölkerung, der sich selbst die bürgerliche Presse nicht entziehen konnte. Den Kindern aber wird ihr roter Sonntag eine dauernde und freudige Erinnerung bleiben, die sie stets zu neuen Kämpfen begeistern wird.

1921 Oktober 1921

12

Mittwoch

Jetzt ist Gelegenheit, für einen halben Monat den „Klassenkampf" zu bestellen
Postbezieher nur beim Verlage

* **Eine eigenartige Schaustellung** hatte gestern viele Schaulustige — meist Kinder — angelockt. Eine größere Truppe von braunen Kindern der Pußta führte in verschiedenen Stadtteilen „Meister Petz" spazieren, der nach den Klängen des Tamburins brummend und murrend sich seinen Peinigern fügte, wenn er auch ab und zu sein Unbehagen durch lautes Brummen zu erkennen gab. Auch Affen mußten ihre Künste im Springen usw. nach dem Befehl der braunen Meisterin zeigen. Für ältere Leute waren diese Vorführungen Erinnerungen an längst vergangene Tage, unsere Jugend kannte diese Art der Schaustellung noch nicht. Sehr vergnügt begleitete sie den Bären, stob aber immer wieder auseinander, wenn er bei seinen Tänzen gar zu sehr in ihre Nähe kam. Gegen 1/25 Uhr stellte sich die Polizei ein und schleppte die armen in Lumpen gehüllten Menschen nach dem Polizeigefängnis. — Proletarierelend — das nur durch die Schuld der herrschenden Klassen hervorgerufen ist. Auch diese Menschen müssen aus ihrem jämmerlichen Elend herausgerissen und einer höheren Lebensform zugeführt werden. Das können die Arbeiter aber auch nur dann durchführen, wenn sie mit dieser bestehenden Ordnung aufräumen.

* **Die Allgemeine Ortskrankenkasse** weist durch Anzeige in der heutigen Nummer darauf hin, daß Lohnveränderungen, wie sie neuerdings durch tarifliche Abmachungen eingetreten sind, der Ortskrankenkasse innerhalb dreier Tage gemeldet werden müssen. Gleichzeitig werden die Arbeitgeber gebeten, die neu aufgestellten Arztverzeichnisse, die zur Verteilung an die Versicherten bestimmt sind, bei der Kassengeschäftsstelle abzufordern und für die Verteilung an die in ihrem Betriebe Beschäftigten zu sorgen.

* **Stadttheater.** Heute, Mittwoch, Anfang 6½ Uhr, geht Richard Wagners „Siegfried" mit Kammersänger Dr. Paul Kuhn als Mime in Szene. Donnerstag, abends 7½ Uhr, „Die versunkene Glocke", Musikdrama nach der Märchendichtung Gerhart Hauptmanns von Heinrich Zöllner. Freitag „Das Postamt", hierauf „Die stumme Schönheit". Für die geschlossene Vorstellung am Sonnabend findet kein Kartenverkauf statt. Sonntag nachmittag Volksvorstellung bei kleinen Preisen „Die Räuber". Sonntag abend findet die Uraufführung des musikalischen Lustspiels „Frau Potiphar" von Alfred Rahlwes statt, vorher „Die Abreise", musikalisches Lustspiel von Eugen d'Albert.

* **„Freie Volksbühne".** 1. Aufführungsreihe („Nathan der Weise") Spieltag D: Mittwoch, den 12., E: Donnerstag, den 13., F: Montag, den 17., G: Mittwoch, den 19., H: Donnerstag, den 20., I: Sonnabend, den 22., K: Montag, den 24., L: Mittwoch, den 26., M: Montag, den 31. Oktober.

* **Thaliatheater.** Infolge des großen Andrangs bei der letzten Vorstellung von „Zwangseinquartierung" am Sonntag, wird dieser Schwank am nächsten Sonntag im Thaliatheater wiederholt.

* **Ein musikalisches Lustspiel** aus der Feder des Universitätsmusikdirektors Professor Alfred Rahlwes wird am kommenden Sonntag unter dem Titel: „Frau Potiphar" im Stadttheater zur Uraufführung kommen.

* **Das erste Sinfoniekonzert, der Volksbühne** unter Leitung von Hans Stieber findet am 21. Oktober statt. Das Programm bringt Haydn, Mendelssohn und Beethoven. Der Kartenverkauf ist in den bekannten Stellen im Gange.

* **Neuaufnahmen der Freien Volksbühne.** Die erfreulich große Zahl von Nachmeldungen ermöglicht es, eine weitere Besuchergruppe (N) für das Thaliatheater einzurichten, für die noch etwa 100 Anmeldungen in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, entgegengenommen werden können. Ueber die Abholung der Theaterkarten für diesen Spieltag erfolgt noch weitere Notiz.

* **Straßenbahn-Zusammenstoß.** Infolge des starken Nebels fuhren Montag morgen zwei Straßenbahnwagen auf einem der eingleisigen Streckenteile zwischen Büschdorf und der Delitzscher Straße zusammen, wobei die Decken und Vorderperrons der beiden Wagen stark beschädigt wurden. Außerdem wurden zwei Personen durch Glassplitter leicht verletzt.

Löbejün. Mittelalterliche Zustände sind wieder auf den Baustellen der Steinkohlengrube Plötz eingeführt worden. Der Achtstundentag besteht schon lange nicht mehr, auch Sonntagsarbeit wird dauernd freiwillig geleistet und nicht einmal sind es Notstandsarbeiten. Die Arbeiter sind zu Arbeitstieren herabgesunken und denken nicht einmal mehr an ihre Klassengenossen, denen sie durch ihre lange Ueberarbeit das Brot wegnehmen und keine Arbeit bekommen können. Der Verelendungsfeldzug der Kapitalisten hat also schon Arbeiterschichten so zermürbt, daß sie keinen Widerstand entgegensetzen können. Arbeiter, seid auf der Hut und sorgt dafür, daß die Proletarier diesem schamlosen Treiben der kapitalistischen Gesellschaft eine geschlossene Front entgegensetzen können.

Ammendorf. Die letzte Gemeindevertretersitzung am 7. Oktober verlief im Gegensatze zu den anderen recht ruhig. Zunächst wurde bekanntgegeben, daß das Disziplinarverfahren gegen den Gemeindevorsteher Rothe am 15. Oktober zum Abschluß kommen soll. — Dem Nachtrag zum Haushaltungsplan über die Gewerbesteuerzuschläge wurde zugestimmt. Während die größeren Anleihen mit 2 Prozent amortisiert werden, sollen die kleineren nach und nach abgestoßen werden. — Der Antrag der beiden Siedelungsvereine auf Gewährung des Gemeindeanteils zum Bau von Wohnungen wurde angenommen. — Der Erhöhung des Strompreises auf 3,04 Mk. und des Gaspreises auf 1,80 Mk. wird zugestimmt. Die Straßenbeleuchtung für die Ortsteile Radewell-Osendorf soll innerhalb vier bis sechs Wochen neu geregelt werden. Für Oppau wurden 1000 Mk. bewilligt.

Aus dem Gerichtssaal.

Reichsgericht.

Die Gerichte revidieren die „Revolution".

Wegen Nötigung sind am 27. Oktober v. J. vom Landgericht Stuttgart 16 Angeklagte (Polizeibeamter Robert Krug und Genossen) zu Gefängnisstrafen von 6, 3 und 2 Monaten verurteilt worden. In den Ortschaften des Kreises Backnang war eine starke Mißstimmung entstanden gegen den Oberamtmann S., da dieser während des Krieges die eingereichten Urlaubsgesuche nicht genügend befürwortet und später zwei Mühlen geschlossen hatte. Der Angeklagte Krug, welcher Mitglied des Soldatenrates war, berief nun eine Versammlung ein, wobei er vorher mitteilte, daß es sich um die Absetzung des Oberamtmannes S. handle. Er fragte dann die Versammlung, ob sie mit der Absetzung des S. einverstanden sei. Als einige Gegenstimmen laut wurden, erklärte er: wenn man Kaiser und Könige abgesetzt hätte, würde man wohl auch einen einfachen Oberamtmann absetzen können. S. wurde herbeigeholt und gezwungen, drei Abdankungsurkunden zu schreiben. Er erklärte aber dabei, daß er nur unter dem Druck des Zwanges handle. Darauf verlangten die Angeklagten, daß er nochmals eine Abdankungsurkunde schreibe, auf der es ausdrücklich heiße, daß er freiwillig von seinem Amte zurücktrete. In diesem Vorfall hat das Landgericht die strafbare Handlung der Angeklagten erblickt. In einer früheren Verhandlung waren sämtliche Angeklagte freigesprochen worden. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob jedoch das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, welches dann auf Verurteilung der Angeklagten erkannte. Gegen dieses Urteil hatten sämtliche Angeklagte Revision eingelegt. Diese verwarf das Reichsgericht als unbegründet.

Der Velberter Kommunistenprozeß.

In dem Hochverratsprozeß gegen 14 Kommunisten (darunter eine Frau) aus Velbert (Rheinland), beantragte der Oberreichsanwalt nach etwa einstündigem Plädoyer folgende Strafen: Gegen die Angeklagten Graß und Waltenbach je **sechs Jahre Festungshaft**, gegen den Angeklagten Stoß **fünf Jahre Festungshaft**, gegen zwei Angeklagte je zwei Jahre sechs Monate Festungshaft und gegen die übrigen Angeklagten Festungsstrafen bis herab zu einem Jahre.

Schwurgericht.

8½ Jahre Zuchthaus für eine unbesonnene Schießerei.

Der 23jährige Arbeiter Otto Seemann aus Oranienbaum hatte am 16. Juli 1921 in einem Walde bei Jüdenberg auf seinen Schlafkameraden T. sechs Schüsse aus einem Revolver abgefeuert, von denen fünf Schüsse T. in Hals und Oberarme trafen. Da diesem Anschlag ein Streit voraufging, weil T. es abschlug, S. 5 Mk. zu borgen, und S. außerdem seinen Wochenlohn bei sich trug, nahm die Anklage an, S. habe einen Raubmord geplant. Dieser Annahme widersprach jedoch die Tatsache, daß S. die Börse, die T. ihm sofort nach dem ersten Schuß hinhielt, nicht nahm, sondern weiter schoß und schließlich seine Wut auch noch mit dem Taschenmesser an dem Getroffenen auslassen wollte. T. entzog sich dem durch die Flucht. Die Geschworenen nahmen wohl Mordversuch, aber keinen Raubversuch an. Darauf beantragte der Staatsanwalt eine **Zuchthausstrafe von 10 Jahren und 10 Jahre Ehrverlust.** Das Gericht verurteilte den 23jährigen zu 8½ Jahren **Zuchthaus,** 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Versuchter Raub.

Die Arbeiter Hermann P., Alfred D. und Kurt H. aus Halle, junge Burschen im Alter von 20 bis 23 Jahren, faßten in einer Zeit der Arbeitslosigkeit und Not den verzweifelten Plan, sich durch einen Raub Geld zu verschaffen. Sie hatten es auf die von dem Althändler Günther, Mansfelder Straße, aufbewahrten Gelder abgesehen. Am Morgen des 6. August 1921 begaben sie sich zu G.'s Wohnung, nachdem sie sich vergewissert hatten, daß G. nicht anwesend war. Auf ihr Klingeln erschien Frau G. P. stürzte sich auf sie und würgte sie. Als D. und H., der einen Knüppel mit sich führte, das sahen, nahmen sie Reißaus. Da auf die Hilferufe der Frau G. Leute herbeikamen, floh auch P. Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen nach versuchtem Raub, billigten den Angeklagten aber mildernde Umstände zu. Der Staatsanwalt beantragte gegen P. 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und gegen D. und H. je 9 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete gegen P. auf **2 Jahre Gefängnis,** gegen D. auf **1 Jahr 3 Monate Gefängnis** und gegen H. auf **9 Monate Gefängnis.**

Schöffengericht.

Brot ohne Marken.

Der Bäckermeister Fritz P. aus Morl gab in der Zeit vom März bis Mai 1921 Brote, die er nach Halle fuhr, ohne Marken ab. Das nach der Verordnung des Magistrats Halle damals mit 4,30 Mk. zu bezahlende Brot verkaufte er für 6 Mk. Gegen einen Strafbefehl über 1000 Mk. erhob P. Einspruch mit dem Erfolg, daß die Geldstrafe auf 100 Mk. ermäßigt wurde.

Sport

Fußball-Abteilung Fichte: Halle. Spielresultate vom Sonntag. Die I. Mannschaft spielte gegen Ammendorf I. unentschieden 0:0. III. Mannschaft gegen Ammendorf Sonder-Mannschaft 3:1. Jugend gegen Sportverein Ostrau Jugend 4:0. — Veranstaltungen am Sonntag, 16. Oktober. Auf dem Sandanger finden folgende Spiele statt: Die I. Mannschaft spielt gegen Minerva I. Beginn des Spieles 3 Uhr. Fichte II. gegen Sportlust II. Anfang 1½ Uhr. Schüler I. gegen Braunsdorf Schüler I. (11½ Uhr). Auf den Brandbergen spielt Fichte III. gegen Sportverein Kröllwitz III. Anfang 12 Uhr. (Umkleidelokal ist Lindenhof). Die Jugend-Mannschaft spielt gegen Teutonia Jugend vormittags 10 Uhr (Treffpunkt 9 Uhr vormittags Kröllwitzer-Brücke). Donnerstag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, Sitzung der I. Mannschaft im Gasthof „Zur grünen Tanne". Die II. Schüler-Mannschaft trifft sich Sonntag vormittag 10 Uhr auf dem Sandanger zwecks Mannschafts Aufstellung.

Spielergebnisse. Am vergangenen Sonntag weilte die I. Mannschaft des H. F.-K. Minerva (Kreismeister) in Dölau, um im Verbandsspiel sich mit Dölauer Fortuna zu messen. Der Kreismeister gewann 4:0. Die II. Mannschaft spielte in Zörbig gegen Sportklub II. und holte ein 8:0-Resultat heraus. Die III. Mannschaft bekam die Punkte ohne Spiel, da Schwoitzsch II nicht angetreten war. Die IV. Mannschaft setzte sich auch gegen Görmlitz IV. durch und gewann verdient mit 6:0.

Veranstaltungen. Am Sonntag spielt unser Kreismeister Minerva gegen die Fußball-Abteilung des Turn- und Sportverein Fichte auf dem Sandanger. Anfang 3 Uhr.

Faustball. Spielergebnisse vom Sonntag: Fichte Ia. — Passendorf I. 81:47, Fichte Ib. — Rockendorf I. 88:47, Passendorf I. — Rockendorf I. 43:39, Fichte Ib. — Passendorf I. 71:37, Nietleben I. — Passendorf I. 78:41. Fichte Ia. ist somit Gruppenmeister. — Sonntag, den 16. Oktober fährt Fichte Ia nach Schkeuditz und spielt gegen Schkeuditz um die Bezirksmeisterschaft. Fichte stellt folgende Mannschaft: R. Schanze, W. und A. Mosebach, Fr. Werge, P. Deege. Treffpunkt früh ½8 Uhr am Bahnhofseingang. Anfragen betreffs Faustballspiele sind zu richten an Fr. Werge, Gruppenspielleiter, Halle, Torstraße 51.

T.-V. Die Naturfreunde. Mittwoch abend 7 Uhr im Mozartsaal: Jugendgruppe. Donnerstag abend 7 Uhr im Mozartsaal: Kursus über „Erste Hilfe bei Unglücksfällen". Freitag abend 7½ Uhr im Gewerkschaftshause, Harz 42/44: Aussprache über die Gestaltung der Arbeitsgemeinschaften. Sonntag: Harzwanderungen. Ab Sonnabend nachmittag 3.38 und 6.31 Uhr. (Anmelden.)

Sportgenossen, werbt für den „Klassenkampf"!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211012-15/fragment/page=0006

Aus der Provinz.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg.

Am Sonntag, dem 16. Oktober, vormittags 9 Uhr, findet in Bitterfeld, im Lokal „Fürst Bismarck", eine Konferenz der Funktionäre und Kommunalvertreter statt. Die Tagesordnung lautet:

1. **Organisatorischer Aufbau.**
2. **Unsere kommunalen Arbeiten.**
3. **Verschiedenes.**

Das Erscheinen sämtlicher Funktionäre, als Ortsgruppenvorstände, Zehnergruppenführer usw., ferner alle Gemeindevertreter, Stadtverordneten, Kreistagsabgeordneten, Listenkandidaten, Gemeinde- und Amtsvorsteher, sowie aller kommunaltätigen Genossen ist notwendig.

Die Unterbezirksleitung.

Ohrfeigen für Hörsing!

Unsere Veröffentlichungen über die Zustände im Leunawerk haben die Reaktionäre aller Schattierungen auf den Plan gerufen, um der arg bedrängten Werksleitung beizustehen. Zu der Meldung über die Aufhebung des Achtstundentages in Leuna nahm u. a. auch der sogenannte Oberpräsident der Provinz Sachsen in einer „Kundgebung" (er hätte gerne wieder „verordnet", aber er wußte nicht was) Stellung, worin er die Meldung als eine irrige bezeichnete. Und dann hieß es weiter in diesem famosen oberpräsidialen Beschwichtigungserguß:

Die Leunawerke haben im Februar dieses Jahres für die Schichtarbeiter in der chemischen Industrie die 48stündige Wochenarbeitszeit eingeführt statt der 56stündigen. In kurzem aber wird wiederum die 56-Stunden-Woche eingeführt, weil Mangel an Arbeitern vorhanden ist. Diese 56stündige Arbeitszeit entspricht dem Reichstarifvertrag und den gesetzlichen Bestimmungen und ist bei allen Schichtarbeitern der chemischen Industrie eingeführt.

In gleicher Weise hatte auch der amtliche preußische Pressedienst „berichtigt", der u. a. schrieb:

Die Leunawerke haben nun beschlossen, vom Montag an wiederum bei den Schichtarbeitern der chemischen Industrie die 56-Stunden-Arbeitszeit einzuführen, die in dem Reichstarifvertrag vorgesehen ist, wie in dem Entwurf zum Reichsarbeitsgesetz. An dem Achtstundentag wird nichts geändert. Diese 56stündige Arbeitszeit gilt demnach nur für die Schichtarbeiter in der chemischen Industrie. Hiermit entfallen alle weiteren Bemerkungen der Zeitungen, die die Nachricht verbreiten, daß in den Leunawerken der Achtstundentag durchbrochen worden sei.

Wir wollen zunächst nur auf einen kleinen Unterschied aufmerksam machen. Während Hörsing (der es ja wissen — müßte!) meint, daß die 56stündige Arbeitszeit den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, schreibt der amtliche preußische Pressedienst, daß diese Arbeitszeit in dem Entwurf zum Reichsarbeitsgesetz vorgesehen ist. Das ist die erste Ohrfeige, die der Oberpräsident erhält. Die zweite bekommt er von seinen rechtssozialistischen Freunden in der Magdeburger „Volksstimme", die die gestern von uns unter der Ueberschrift: „Der Unternehmerfeldzug gegen den Achtstundentag" gebrachte Notiz des „Vorwärts" zum Abdruck bringt, die sich gegen den Pressedienst wendet und in der es als gleichgültig hingestellt ist, ob man von einer Vermehrung der Arbeitstage auf sieben oder von einer Ueberschreitung des Achtstundentages spricht. Eine Verschlechterung der Arbeitszeit, und zwar eine ungesetzliche, sei es deshalb auf alle Fälle. Was die Magdeburger „Volksstimme" in dieser Notiz in bezug auf den Pressedienst sagt, gilt natürlich auch für die Auslassung des „Obergenossen" Hörsing, der ja den gleichen Schwindel verbreitete. Dieser soll über die — unbewußte — Anrempelung so erbost sein, daß er das Blatt sicher verboten hätte, wenn es nicht ein Organ der rechtssozialistischen Partei wäre. Hoffentlich fallen wir seinem Zorn nicht zum Opfer!

Das Ende der Kettenschiffahrt auf der Saale.

Die Vereinigten Elbschiffahrtsgesellschaften A.-G. in Dresden, denen die Kettenschiffahrt auf der Saale gehörte, haben diese endgültig eingestellt. Als Grund wird angegeben, daß chemische Vermengungen des Saalewassers die Ketten stark angreifen und zerfressen und Neuanschaffungen sehr teuer sind. Die Reederei der Saaleschiffer hat, um den Ausfall im Schiffsverkehr auszugleichen, beschlossen, einen neuen großen Schraubendampfer dafür in Dienst zu stellen.

Veranstaltungen der Kommunistischen Jugend, Bezirk Halle-Merseburg

vom 12. bis 19. Oktober.

Unterbezirk Saalkreis: Gruppe Seeben: Donnerstag, den 13. Oktober, Liederabend.

Unterbezirk Sangerhausen: Gruppe Sangerhausen: Sonnabend, den 15. Oktober, Agitationstour nach Oberröblingen. — Gruppe Reinsdorf: Sonntag, den 16. Oktober, öffentliche Versammlung.

Unterbezirk Mansfeld: Gruppe Wolferode: Sonntag, den 16. Oktober, abends 7 Uhr, Diskussionsabend. Mittwoch, den 19. Oktober, abends 7 Uhr, allgemeine Zusammenkunft.

Unterbezirk Bitterfeld: Gruppe Bitterfeld: Sonntag, den 16. Oktober, früh 6 Uhr, Ausflug nach Jeßnitz, Treffpunkt Kriegerdenkmal. Dienstag, den 18. Oktober, Spielabend. — Gruppe Zschornewitz: Donnerstag, den 13. Oktober, abends, Leseabend. Montag, den 17. Oktober, Literaturabend. Freitag, den 14. Oktober, von 5 bis 7 Uhr, Leseabend der Kindergruppe. Dienstag, den 18. Oktober, von 5 bis 7 Uhr, Rezitation der Kindergruppe. — Gruppe Delitzsch: Freitag, den 14. Oktober, Spielabend, Knabenschule. Sonntag, den 16. Oktober, Rußlandhilfe. Mittwoch, den 19. Oktober, öffentlicher Elternabend.

Unterbezirk Wittenberg: Gruppe Wittenberg: Sonntag, den 16. Oktober, Wohltätigkeitsabend für Rußlandhilfe. Montag, den 17. Oktober, Liederabend. — Gruppe Piesteritz: Donnerstag, den 13. Oktober, Funktionärsitzung. Freitag, den 14. Oktober, Bericht von der Kindergruppenkonferenz. Sonntag, den 16. Oktober, Agitation und Sammlung für Rußland. — Gruppe Kemberg: Mittwoch, den 19. Oktober, Monatsversammlung. — Gruppe Schmiedeberg-Pratau: Sonnabend, den 15. Oktober, Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda: Gruppe Mühlberg: Sonntag, den 16. Oktober, Treffahrt Mühlberg-Torgau in Belgern. Mittwoch, den 19. Oktober, Unterhaltungsabend. — Gruppe Elsterwerda: Mittwoch, den 12. Oktober, Quartalsversammlung. — Gruppe Plessa: Freitag, den 14. Oktober, Bildungsabend, u. a. Urkommunismus und Vorkämpfer. Dienstag, den 18. Oktober, Gesangs- und Musikabend.

Der Vertrieb kommunistischer Literatur im Bezirk Halle-Merseburg

macht in den letzten Monaten wieder gute Fortschritte, nachdem der Umsatz in den Monaten nach der Märzaktion zurückgegangen war. In den Ortsgruppen des Bezirks wurden an kommunistischer Literatur umgesetzt:

Im Februar	für	3 824,80	Mk.
„ März	„	8 636,30	„
„ April	„	1 601,05	„
„ Mai	„	1 292 40	„
„ Juni	„	8 927,01	„
„ Juli	„	2 522,84	„
„ August	„	3 653 55	„
insgesamt:		25 457,95	Mk.

so daß im Monat August der Umsatz vom Februar erreicht ist. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in vielen Ortsgruppen die Literaturobleute und die Vorsitzenden der Ortsgruppen jetzt in den Gefängnissen und Zuchthäusern sitzen und daß ein erheblicher Schriftenbestand im Kampfgebiet vernichtet und von der Sipo fortgeschleppt worden ist.

Auch der Zeitschriftenumsatz hat wieder erheblich zugenommen. Während vor der Märzaktion ein regelmäßiger Umsatz in 70 Ortsgruppen vorhanden war, war dieser im April nur in 20 Ortsgruppen möglich, während im August bereits wieder 56 Ortsgruppen regelmäßig Zeitschriften umsetzten und vom 1. Oktober an der regelmäßige Verkehr mit 120 Ortsgruppen aufgenommen wurde.

Der Zeitschriften-Umsatz war:	am 1. August	am 1. Oktober
„Die Internationale"	225 Exempl.	375 Exempl.
„Der Kommunistische Gewerksch."	550 „	1940 „
„Die Kommunistin"	600 „	1320 „
„Kommune"	190 „	590 „
„Der Pflug"	175 „	215 „
„Der junge Genosse"	700 „	900 „
„Der kommunistische Landarbeiter"	550 „	600 „

Der Umsatz an Literatur ist außerdem jetzt außerordentlich erschwert, da die Genossen durch dauernde Sammlungen für die „Rote Hilfe", die Russenhilfe und die Produktivgenossenschaft stark in Anspruch genommen sind. Trotzdem zeigen obige Zahlen, daß der Vertrieb kommunistischer Schriften im Aufstiegen begriffen ist.

Was tut die Kommunistische Jugend vom 9. bis 16. Oktober 1921?

Alle Jugendgenossinnen und Genossen, sowie die Freunde in der Kindergruppe stellen sich der Partei bei Sammlungen und der Propaganda für Sowjet-Rußland zur Verfügung.

Der 16. Oktober ist der Sammeltag der Jugend!

Durch Straßen- und Haussammlungen, öffentliche Versammlungen, gemeinsame Veranstaltungen mit der Partei muß unsere Jugend durch ihre Arbeit einen vollen Erfolg erzielen. Ein „Karl-Liebknecht-Heim" in einem der Hungergebiete Rußlands, soll ein Zeichen unserer eifrigen Arbeit werden.

An die Arbeit! Stelle ein jeder an diesem Tage seine Kraft zur Verfügung!

Heraus zum Sammeltag!

Schkeuditz. Kartellsitzung. In der am 4. Oktober abgehaltenen Kartellsitzung verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Bezirkssekretariats, wonach am 23. Oktober in Halle im „Volkspark" die erste große Betriebsrätekonferenz stattfindet, auf welcher sämtliche Industriegruppen vertreten sein sollen. — Bezüglich eines Aufrufes des Ortsausschusses Ludwigshafen des ADGB. zwecks Unterstützung der Opfer von Oppau steht das Kartell auf dem Standpunkte, daß es in erster Linie Pflicht des Staates hätte sein müssen, hier helfend einzugreifen. Weiter war man der Meinung, daß bei Beschlagnahme des Kapitals der Unternehmer des dortigen Werkes die Opfer hätten gut unterstützt werden können. — Unter Gewerkschaftliches wurde zunächst über den schlechten Besuch der Vortragsabende des Bildungskursus geklagt, doch sollen die noch in Frage kommenden Vorträge gehalten werden. — Seitens des Bildungsausschusses gab Gen. Hädicke bekannt, daß am 30. Oktober im Bahnhofshotel ein Konzert, ausgeführt vom Streichquartett des Leipziger Gewandhausorchesters und Doppelquartett des Arbeiter-Gesangvereins „Vorwärts" veranstaltet werden soll, worauf wir die Arbeiterschaft von Schkeuditz und Umgegend schon heute aufmerksam machen.

Wittenberg. Unterbezirkskonferenz. Am Sonntag fand unser Unterbezirkstag in Freudenbergs Lokal statt. Genosse Sachse gab den Bericht vom Parteitag und erörterte die politische Lage. Er wies in seinem Referat darauf hin, wie wir in Zukunft zu arbeiten haben. Auch die Gewerkschaftsfrage stand mit im Brennpunkt, hauptsächlich der Verbandstag der Metallarbeiter in Jena. Es meldeten sich mehrere Genossen zur Diskussion. Genosse Hilgers behandelte die Frage der Doppelexistenzen und die Hilfe für Sowjet-Rußland. Genosse Lehmann, Zahna, sprach über die Richtung Levi, die Steuerfrage und den Fall Schumann, der in den menschewistischen Zeitungen ausgeschlachtet wird. Genosse Donner, Bitterfeld und Tominsky, Halle, waren als Gast anwesend und beteiligten sich lebhaft an der Debatte. Genosse Proschwitz sprach über die 56-Stunden-Woche, die in unseren Werken einzuführen versucht wird. Genosse Sachse ging in seinem Schlußwort hauptsächlich auf die Märzaktion und auf die Arbeiterunionen ein. Als zweite Angelegenheit der Tagesordnung gab Genosse Sachse den Bericht über die Organisation des Unterbezirkes. Bitterfeld und Wittenberg werden zu einem Bezirk verbunden. Bezirk Schweinitz kommt zu Liebenwerda. Genosse Borsdorf, Schmitz und Müller werden nach Bitterfeld delegiert, um die Verbindung mit den dortigen Genossen herzustellen. Genosse Mogel, Halle, gab einen Vortrag über das Zehnersystem, und zeigte, wie wir arbeiten müssen, um erfolgreich zu sein. Unter Parteiangelegenheiten wurde die Pressefrage behandelt. Genosse Hilgers wurde nach Halle delegiert, um Vorbesprechungen zu pflegen, wegen eines Kopfblattes. Genosse Tominsky sprach noch ausführlich über diesen Punkt. Auch die Arbeit unserer Genossen in den Parlamenten, war Gegenstand der Aussprache. Diese sind der Unterbezirksleitung verantwortlich und haben sich der Partei unterzuordnen, sowie über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten. Einer Kritik unterzogen wurde noch die Arbeit unserer Parlamentsfraktion zu Gräfenhainichen, welche in eine Arbeitsgemeinschaft eingetreten ist mit den Menschewisten. In der Diskussion beteiligten sich noch mehrere Genossen. Von den Ortsgruppen im Bezirk Wittenberg waren vier nicht vertreten. Die Konferenz hat bewiesen, daß unsere Bewegung in aufsteigender Linie sich befindet. Trotz alledem ist noch intensiv zu arbeiten; nicht nur die Funktionäre, sondern jeder einzelne Genosse, hat die Pflicht, sich voll und ganz in den Dienst der Bewegung zu stellen, um dem Kommunismus zum Siege zu verhelfen. Auf zur Arbeit!

Eilenburg. Aus der Partei. In der am 7. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte Genosse Hempel (Eilenburg) über den Görlitzer Parteitag der SPD. Ausgehend von der Gründung der Partei, schilderte er den Werdegang derselben bis zum heutigen Tage. Das auf dem Görlitzer Parteitag aufgestellte Programm geißelte er in schärfster Weise. Man wolle damit nur den Arbeitern Sand in die Augen streuen. Wenn es den Sozialdemokraten ernst wäre, könnten alle diese Forderungen, so auch z. B. die Abschaffung der Todesstrafe, längst erfüllt sein. Der Referent ermahnte noch die Genossen, sich recht intensiv an der Aufklärungsarbeit zu beteiligen. Genosse König gab in der Diskussion noch einige praktische Winke für die Aufklärungsarbeit. Es wurde dann zur Wahl eines Kassierers geschritten, da der seitherige Kassierer wegen schwerer Erkrankung seiner Frau das Amt nicht mehr versehen kann. Gewählt wurde Genosse Dülsner. Es wurde noch bekanntgegeben, daß am Montag, dem 18. Oktober, ein Lichtbildervortrag über Rußland stattfindet. Die Genossen werden ersucht, sich an demselben recht zahlreich zu beteiligen. Der Eintrittspreis beträgt 2 Mk.

Liebenwerda. Unerhörte Mietpreissteigerungen. 40 Prozent gesetzliche Höchstmiete hat den Vernehmen nach die dazu vorgeschriebene und gewählte Kommission festgesetzt. Vierzehn Tage schon ist es her, daß die Kommission, bestehend aus Hausbesitzern und Mietern, die gesetzlich zulässige Höchstmietesteigerung festsetzte, und noch ist nichts offiziell bekonnt. Es hat den Anschein, als ob den Hausbesitzern ja nicht in Erinnerung gebracht werden soll, daß sie schon längst bei weitem die zulässige Höchstmietesteigerung überschritten haben, oder daß es den Mietern ja nicht zum Bewußtsein kommen soll, daß sie auch bedeutend mehr Miete bezahlen, als ihnen die Regierung zumutet. Interessante Aufschlüsse wird das zusammengestellte Material bringen, ob es noch einen Hauswirt gibt, der die gesetzliche Höchstmietesteigerung nicht überschritten hat, auch wer die Barbaren sind, die durch den furchtbaren Wohnungsmangel die Notlage der Mieter ausnützen und bis zum Weißbluten ausbeuten. Soll doch ein Hauswirt seinen Mieter zum 1. Oktober um 33 Prozent mit der Begründung gesteigert haben, daß er 30 Prozent Gehaltszulage erhalten hat! Kann es noch höher gehen?

Naundorf-Lauchhammer. Ueber Byzantinismus in unserem Orte brachten wir in Nr. 214 eine Notiz, die den Beweis erbrachte, in welcher Weise die hiesigen Industrieherren ihr überflüssiges Geld, das man aus den Knochen der Arbeiter erst herausgepreßt hat, ausgeben. Man veranstaltet Kinderfeste mit großen Zuschüssen, läßt sich anhochen und spielt so den denkunfähigen Massen eine Komödie vor, wo man billig und schnell in den Verdacht als menschenfreundlicher Wohltäter kommt. Diese Notiz hat es den „noblen Wohltätern" und ihren Trabanten angetan. Man möchte gern den Urheber und Schreiber herausbekommen. Es werden manche verdächtigt und scharf beobachtet, doch eine Spur findet sich nicht. Jetzt hat man ein gutes Mittel entdeckt. Wozu hat man denn das viele überflüssige Geld? Es ist festgestellt, daß man sich damit beschäftigt, irgendeinen Redakteur oder Angestellten in der Redaktion des „Klassenkampf", der auch Hunger haben wird und Geld gebrauchen kann, bestechen zu können. „Ein Privatdetektiv wird sich schon finden, denn der Direktion kommt es auf ein paar tausend Mark nicht an." Gegenüber dieser Gefahr müssen die Redakteure unserer Zeitung auf der Hut sein und sich möglichst satt essen. Wenn sie nur immer das nötige Geld dazu hätten! Die Lockung ist groß, aber es muß widerstanden werden!

Erfurt. Verhaftungen. „Telunion" veröffentlicht eine Meldung, wonach wegen Teilnahme an dem „kommunistischen Eisenbahnattentat" bei Azmannsdorf der Werkzeugmacher Herm. Kroll und der Bahnarbeiter Otto Kühne verhaftet und in das Erfurter Gerichtsgefängnis eingeliefert worden sind. Es handelt sich um das am 15. August bei Vieselbach stattgefundene Eisenbahnunglück, bei dem Schienen aufgerissen waren. Wenn „Telunion" dabei von einem kommunistischen Eisenbahnattentat faselt, so ist das weiter nichts als eine ganz unverschämte Kommunistenhetze.

Mansfelder Kreise.

Kreistag des Mansfelder Seekreises.

Eisleben. Der Kreistag hatte diesmal eine solch reichhaltige Tagesordnung zu erledigen, daß er zwei Tage (Donnerstag und Sonnabend) in Anspruch nehmen mußte. Die Vertreter der KPD. und USPD. benutzten die Gelegenheit, gegenüber dem reaktionären Landrat scharf Stellung zu nehmen und sie hatten dazu um so mehr Berechtigung als er ein gerüttelt Teil Schuld an der Amtsentsetzung linksstehender Kreistagsmitglieder haben dürfte. Ebenso sind, wie bekannt, vor kurzem revolutionäre Gemeindevorsteher entfernt worden. Aus der reichhaltigen Tagesordnung ist folgendes von Interesse: Um der Wohnungsnot zu steuern, wurde die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 1½ Millionen Mark beschlossen, wovon die Gemeinden Baudarlehen erhalten. Zwecks Verteilung der Mittel wurde eine Kommission gewählt. Der Beschluß des Kreistages, vom 5. Juli, über das Wahlverfahren zu den Kommissionen (Höchstzählmodus) ist auf Beschwerde der bürgerlichen Fraktion vom Regierungspräsidenten beanstandet worden. Hierzu beschloß nun der Kreistag, im Verwaltungsstreitverfahren beim Bezirksausschuß Klage zu erheben, um die Angelegenheit grundsätzlich zu klären. Der Haushaltplan der Kreiskommunalkasse schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 5 460 826 Mk. In der Debatte über den Etat wurde die beabsichtigte Uebernahme weiterer 500 Aktien der Ueberlandzentrale Mansfelder Seekreis zurückgestellt. Zur Deckung bestehender Fehlbeträge soll ein Darlehen aufgenommen werden in Höhe der bis 31. März 1920 ausgezahlten, vom Reich aber noch nicht erstatteten Familienunterstützungen. Es handelt sich dabei um einen Betrag von rund 2½ Millionen Mark, für den das Reich dem Kreise haftet. Die Kreisabgaben werden wie folgt festgesetzt: 300 Prozent Gebäudesteuer, 770 Prozent Grundsteuer, Gewerbesteuer und Betriebssteuer. Ueber das vom Kreisausschuß herausgegebene Verordnungsblatt entspann sich eine längere Debatte. Von der Linken wurde die Einstellung des Verordnungsblattes und Ueberweisung der Bekanntmachungen an die Tageszeitungen verlangt. Da der mit dem Verleger geschlossene Vertrag jedoch bis 1. April 1922 läuft, ließ man die Sache einstweilen auf sich beruhen. Der Vorlage über den Ausbau einer neuen Straße Oberröblingen—Aseleben wurde zugestimmt. Die Kosten belaufen sich auf etwa zwei Millionen Mark, die durch eine Anleihe sowie durch Heranziehung der beteiligten Interessenten aufgebracht werden sollen. In der weiteren Debatte wurde von der linken Seite verlangt, daß der Kreistag Mittel bereitstellen soll für die minderbemittelte Bevölkerung zur Anschaffung von Kartoffeln usw. Der Etat wurde in der Sonnabendsitzung gegen die Stimmen der Kommunisten und USP. angenommen; die Rechtssozialisten stimmten mit den Bürgerlichen dafür, trotzdem sie in der Aussprache sehr viel Kritik geübt hatten. Theaterdonner! Ueber die Eingemeindung der Gutsbezirke Alsleben, Gerbstedt und Schraplau in die gleichnamigen Stadtbezirke, lag ein befürwortendes Gutachten vor. Der Kreistag sprach sich mit Mehrheit dafür aus. In der Debatte hatte unser Genosse König die Auflösung sämtlicher Gutsbezirke gefordert. Bei der Neuwahl der Amtsvorsteher und Stellvertreter wurde die Vorschlagsliste der Linken gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Gewählt wurden: als Amtsvorsteher: Gemeindevorsteher Otto Tänzer (Schwittersdorf) für Bezirk Beesenstedt, Eisenbahner Albert Herrmann (Helfta) für Bezirk Helfta, Arbeiter Louis Steinkopf (Höhnstedt) für Bezirk Höhnstedt, Sattler Paul Träger (Polleben) für Bezirk Polleben, Obsthändler Karl Kühne (Trebitz) für Bezirk Fienstedt, Tischlermeister Otto Ohme (Lüttchendorf) für Bezirk Seeburg, Arbeiter Richard Thiele (Wimmelburg) für Bezirk Wimmelburg; als Amtsvorsteher-Stellvertreter: Landwirt Karl Florstedt (Closchwitz) für Bezirk Beesenstedt, Invalide Hermann Gräbe (Gerbstedt) für Bezirk Gerbstedt, Fahrsteiger Karl Wernecke (Helbra) für Bezirk Helbra, Schmiedemeister Heinrich (Polleben) für Bezirk Polleben, Klemm (Wormsleben) für Bezirk Seeburg, Arbeiter Richard Zahn (Stedten) für Bezirk Sedten, Arbeiter Franz Reiche (Erdeborn) für Bezirk Erdeborn, Arbeiter L. Müller (Heiligenthal) für Bezirk Heiligenthal, Tischlermeister Otto Braune sen. (Langenbogen) für Bezirk Langenbogen, Arbeiter Karl Gäbler (Volkmaritz) für Bezirk Neehausen, Gemeindevorsteher Friedrich Biermann (Königswieck) für Bezirk Rottelsdorf, Arbeiter Karl Koch (Müllerdorf) für den Bezirk Zappendorf, Arbeiter Friedrich Schumann (Wimmelburg) für den Bezirk Wimmelburg. Um Unterkunftsmöglichkeiten für die Schupo in Eisleben zu schaffen, ist die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von ¾ Million Mark beantragt worden. Die Kasernenbauten sollen auf dem Seminarplatz errichtet werden. Unser Genosse König fordert Ablehnung der Anleihe und brandmarkt das brutale Auftreten der Sipo im Mansfeldischen. Die Anleihe wird mit den Stimmen der Linken abgelehnt. Auf Antrag wird der gemeinnützigen Bau- und Betriebsgenossenschaft Mansfeld ein Darlehn von 100 000 Mk. bewilligt. Für die Oppauer Opfer werden 3000 Mk. bereitgestellt. Bei dieser Gelegenheit forderten unsere Genossen die Unterstützung der hungernden Bevölkerung in Sowjet-Rußland. Die Bürgerlichen sprachen dagegen. Schließlich einigte man sich auf Bewilligung von 5000 Mk.; der Kreisausschuß soll den Betrag einer Stelle übermitteln, die eine „gerechte Verteilung" verbürgt. Die Sitzung des Kreistags erreichte Sonnabend nachmittag 4 Uhr ihr Ende.

Eisleben. Ein Frauenabend findet heute abend im „Volkshaus" statt. Genosse Frido wird sprechen über das Thema: „Warum brauchen wir kommunistische Kindergruppen?" Sorge eine jede Genossin dafür, daß alle Frauen mitarbeiten.

— Kommunistische Jugend. Auf die am Donnerstagabend, ½8 Uhr, im „Volkshaus" stattfindende Zusammenkunft wird besonders aufmerksam gemacht. Alles muß erscheinen!

Klostermansfeld. Oeffentliche Frauenversammlung. Gen. Reichert spricht heute in einer öffentl. Frauenversammlung. Jede Genossin muß dafür agitieren, daß eine stolze Frauengruppe hier am Orte entsteht.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schnetter; für Anzeigen Fritz Krob; Verlag: Produktiv-Genossenschaft, e. G. m. b. H., für den Bezirk Halle-Merseburg, Abtlg. Verlag Klassenkampf, Druck Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211012-15/fragment/page=0007

Leben – Wissen – Kunst

Licht.

10 Roman von Hermynia Zur Mühlen.

Langsam, versonnen, mit einem letzten Blick auf den verödeten Schachteingang, strebte Andreas Merz dem Dorfe zu. Leise knirschte der Schnee unter seinen Schritten, das sanfte Geräusch begleitete taktartig seine Gedanken. Weshalb halten die, die doch die unseren sind, zu den Herren? Verraten uns? Sie sind nicht schlecht, sind nicht feig. Weshalb also? Daß wir bei den Reichen nur Feinde finden, ist begreiflich, aber bei den eigenen Brüdern? Unsere Not, unsere Knechtschaft ist auch die ihre, unser Traum einer neuen Welt muß auch der ihre sein. Was ermangelt ihnen, das wir besitzen? Des Buckligen Wort tönte ihm in den Ohren: „Meine Enkel werden auch hungern." Blitzartig erkannte er die Ursache, die er gesucht hatte: den anderen fehlte die Fähigkeit zu glauben. Sie glichen Menschen, die, bis über die Knie in einem Sumpf versunken, nichts taten, um sich zu retten, weil sie nicht an die Möglichkeit einer Rettung glaubten. Und zu den Ertrinkenden traten, sicher auf festem Ufer stehend, die Berater, schwarzgekleidete Pfaffen, bewaffnet mit den Bannflüchen der Kirche und des Himmels, echt rohrstocktragende, feierliche Lehrer, Richter, das Gesetzbuch in der Hand, und sprachen: „Verhaltet euch ruhig, auf daß ihr nicht noch tiefer versinket. Niemals, so lange die Welt besteht, werdet ihr aus dem Sumpf herauskommen." Die Pfaffen redeten: „Es ist Gottes Wille, er hat die Menschen reich und arm geschaffen, hadert nicht mit ihm, sonst geht ihr nach dem Tode der ewigen Seeligkeit verlustig." Die Lehrer sagten: „Seid gehorsam, beugt euch in Demut den Geboten der Weltordnung. Arbeit und Pflichterfüllung werden euch beglücken." Die Richter sprachen: „Haltet heilig das Gesetz, das für euch geschaffen ward. Das Gesetz kennt keine Entschuldigung, der Hungernde, der stiehlt, der zur Verzweiflung Getriebene, der zur Waffe greift, ist schuldig in den Augen des Gesetzes. Ihr dürft nur zwei Dinge tun: arbeiten und dulden. Sonst droht euch Gefängnis und Galgen."

Und die Menschen verharrten reglos im Sumpf, angstgefoltert, kleinmütig. Wagten keine Tat, kein Wort, ja nicht einmal einen Gedanken. Dennoch mußte in ihnen, von Furcht und Dumpfheit verschüttet, die Sehnsucht nach Rettung leben. Es galt, sie ausgraben, hervorholen ans Licht.

Andreas Merz trat in die Hütte, in der er ein Zimmer bewohnte, nahm ein Buch zur Hand und begann zu lesen.

•

Noch lag die graue Winternacht schwer über der Erde; aus einzelnen Hütten blinzelten verschlafene Lichtlein, schwarze Schatten huschten hin und her. Gespannte Erregung riß an aufgepeitschten Nerven. Flüche fielen schwer in die nächtliche Stille. Jählings erstrahlte in greller Helle über dem Schachteingang die große Gaslaterne, die seit Tagen tot, verlöscht gewesen.

Es war also doch wahr: die Mitglieder des christlichen Knappenbundes fuhren ein!

In geschlossener Reihe, scheue Blicke um sich werfend, kamen sie daher, strebten hastig dem Schachteingang zu. Streiker drängten ihnen nach, beschimpften, verhöhnten sie. Die Beamten zeigten sich am Schachteingang, die Grubenpolizei drängte die Streiker zurück. Ein Stein flog durch die Luft, traf einen der Streikbrecher am Arm; er brüllte auf. Ein Polizist schoß in die Luft.

Frauenstimmen kreischten auf, Gestalten beugten sich zur Erde, wühlten mit wutzitternden Händen nach Steinen im Schnee. Einer der christlichen Knappen lachte spöttisch, rief: „Ihr werdet uns bald nachkommen, wenn ihr nicht vor Hunger verrecken wollt. Faules Gesindel! Tagediebe!"

Fritz Brauner, der neben Andreas Merz gestanden war, stürzte sich toll vor Zorn auf den Sprechenden. Sie rangen miteinander, ein Polizist eilte herbei, um sie zu trennen. Fritz Brauner ließ den Streikbrecher los, hob den Arm wider den Polizisten. „Rühr mich nicht an, du Hund! Dein Vater ist in der Grube krepiert, sein Sohn treibt die eigenen Kameraden hinein!"

Seine Faust schlug schwer auf den Schädel des Polizisten nieder, dieser stürzte zu Boden. Fritz Brauner wurde umringt, abgeführt.

Der letzte der christlichen Knappen hatte die Schachteinfahrt erreicht; Polizisten, den Revolver in der Hand, umgaben den Förderkorb.

Das Signal ertönte, der Förderkorb fuhr in die Tiefe.

Andreas Merz wandte sich ab, als habe er einen Schlag ins Gesicht erhalten; ein Gefühl körperlicher Uebelkeit erfaßte ihn. Die erste Niederlage war ihnen von Kameraden zugefügt worden.

•

Bleiern, trostlos schleppten sich die Tage dahin. Hunger und Kälte würgten die Streiker, bereits sprachen etliche vom Nachgeben. Täglich fuhren die christlichen Knappen ein und der bucklige Schreiber schlich umher, wie ein Gespenst, flüsterte heiser: „Doppelter Lohn für jeden, der während des Streiks die Arbeit aufnimmt."

Frauenohren lauschten begierig seinen Worten, Frauenstimmen sprachen, hatte der Bucklige die Stube verlassen, zornkreischend oder jammernd zum Mann: „Du bist ein schlechter Mensch, läßt deine Kinder verhungern. Die ganze Nacht haben sie geweint. Was willst du denn? Wir können ohnehin nichts erreichen. Geh an die Arbeit zurück, bevor wir alle vor Hunger und Kälte verreckt sind."

In einer Versammlung trat einer der Streiker vor, erklärte mit zitternder Stimme:

„Genossen, ich kann nicht länger; die Kinder sterben vor Hunger, mein Weib ist krank, gehört ins Spital. Der Direktor sagte mir heute, wenn ich morgen die Arbeit wieder aufnehme, so bekommt die Frau einen Freiplatz, wird gut gepflegt werden. Sie ist ein braves Weib, wir haben einander lieb. Ich kann nicht anders, fahre morgen ein."

Zornige Rufe tobten auf: „Verdammter Streikbrecher! Verräter! Gemeiner Hund!"

Wie verprügelt, mit ungelenk herabhängenden Armen, stand der Mann da, stotterte: „Genossen, ich bin kein Verräter . . . Aber ich kann nicht länger ansehen, wie sie leidet, vor Schmerzen schreit. . . . Ich . . ." Seine Stimme brach.

Der Streikführer trat zu ihm, zog ihn in eine Ecke, sprach ruhig, sanft. Er dürfe dies nicht tun, etliche schwankten bereits, ein Beispiel würde genügen, sie mitzureißen. Noch bestehe die Hoffnung, den Streik siegreich durchzuführen, aber keiner dürfe zum Verräter werden, überlaufen.

Der Mann nickte verzagt: „Ich will euch nicht schaden, um nichts in der Welt. Glaube auch an unsere Sache. Aber . . . Ich bin ein Mensch . . . Sie hat die ganze Nacht geschrien vor Schmerzen. . . . Gebt mich frei."

„Das können wir nicht. Gehst du an die Arbeit, so bist du ein Verräter, gehörst zu den Streikbrechern."

Adam Krüger verließ den Raum, eilte heim, saß stumm, gebrochen am Bett des kranken, leise wimmernden Weibes.

Gegen Abend schlich der bucklige Schreiber in die Stube. „Fährst du morgen ein, Adam?" Er zog Geld aus der Tasche, warf es auf den Tisch. „Da ist der Vorschuß."

Adam Krüger schwieg, starrte mit irren Augen auf das Geld.

Das Weib weinte.

„Schließ dich morgen den christlichen Knappen an, deine sauberen Kumpane werden dich sonst halb tot prügeln, wenn sie dich allein erwischen."

Adam Krüger fuhr auf: „Mit diesen Hunden soll ich gehen?"

Der Bucklige lachte. „Du brauchst das Maul nicht so voll nehmen, tust doch genau das gleiche wie sie. Bist auch ein Streikbrecher. Aber, wenn du nicht willst . . ." Seine knochige Hand griff nach dem Geld.

Adam Krügers eisenharte Finger rissen sie zurück.

„Laß es liegen. Ich werde morgen bei der Schachteinfahrt sein, als erster."

„Du bist also doch zur Vernunft gekommen? So ist's recht."

Grinsend entfernte sich der Schreiber.

Wer vermöchte zu sagen, was in jener endlosen Nacht in Adam Krüger vorging, welche Zweifel und Qualen seine arme Seele folterten?

Als der Nachtwächter die große Gaslaterne vor dem Schachteingang entzündete, sah er an dem alten Nußbaum einen Mann hängen. Der Körper war bereits erstarrt, das blauunterlaufene, verzerrte Gesicht war drohend der Grube zugewandt.

Adam Krüger war nicht zum Streikbrecher geworden.

•

Wenzel Prihodas Frau, die fette Andulka, war ein gutherziges Weib. Obgleich sie die Streiker für arme, vom Teufel verführte Sünder hielt, kam sie doch täglich zu Adam Krügers Frau, bettete die Kranke um, wusch die Kinder. Sie befand sich auch in der kleinen Stube, da die Leiche Adam Krügers gebracht ward, und als zwei Stunden später der bucklige Schreiber erschien, um den gestern ausgezahlten Vorschuß zurückzufordern, wurde er von der fetten Andulka empfangen.

Es dauerte lange, bis die Tschechin begriff, worum es sich handle. Als sie endlich verstanden hatte, wandte sie sich wie eine Furie gegen den Schreiber.

„Potvora! (Luder) Schmutziges Schwein! Liegt der arme Mann tot in der Küche und die Frau weint und du kommst um Geld. Nix geb ich her, wir brauchen das Geld. Hinaus, dreckiges Schwein!"

(Fortsetzung folgt.)

Leise weinend —

Gott im Himmel hat entschieden,
was uns fast unmöglich schien:
Zwischen München und Berlin
ist nun also wieder Frieden.

Lerchenfeld und Ebert haben
still und innig frühgestückt;
jede Träne ward zerdrückt,
jedes Kriegsbeil ward vergraben.

Eine Lilie weiß und strahlend
pflanzt man auf des Zwistes Grab,
und man nimmt die Mütze ab,
leise weinend und bezahlend.

(Aus dem „Simplizissimus".) Emanuel.

Der Aufstieg der Negerrasse.

Die „Nationale Vereinigung für den Fortschritt der farbigen Bevölkerung" hat den Jahresbericht über ihre Tätigkeit im Jahre 1920 verschickt. Das Büchlein enthält interessantes Material zur Negerfrage in den Vereinigten Staaten, das sich ergänzen läßt durch zahlreiche Artikel, die amerikanische und englische Zeitungen jüngst dem Problem gewidmet haben.

Ein ausgezeichneter Kenner des Negerproblems, Robert R. Moton vom Tuskegee-Institut, behauptet, die Neger in Amerika hätten innerhalb der letzten 50 Jahre Fortschritte gemacht wie kein Volk in einer ähnlichen Zeitspanne; wobei er besonders zu bedenken gibt, daß diese naturkräftigen Neger der Vereinigten Staaten sich entwickeln in ständiger Berührung mit der am weitesten fortgeschrittenen Zivilisation der weißen Welt. In seiner Kirche hat der amerikanische Neger zuerst Unabhängigkeit vom weißen Mann gefunden, und diese Organisation ist heute auch am großartigsten ausgebaut. Schon vor der Emanzipation gab es im Süden innerhalb der weißen Kirchen 200 000 schwarze Gläubige, 1866 zählt man schon 700 eigene Negerkirchen, 1919 aber 43 000 Gemeinden mit 4 800 000 Bekennern und einem Vermögen von 86 Millionen Dollar. Freiwillige Beiträge fließen diesem Kirchenschatze ungemein reichlich zu und beweisen den Eifer des Negers für seine Kirche. Eine großzügige Mission arbeitet in Afrika, Haiti, Panama, Westindien, Südamerika, Brasilien mit mehr als 300 Missionsanstalten und einem jährlichen Etat von etwa 100 000 Dollar. Einzelne dieser Missionsgebiete haben eigene Bischöfe. Konfessionell gehören die Negerkirchen zu den Methodisten oder Baptisten. — Die Schulerziehung der Neger wird in ihrem Fortschritt am besten dadurch gekennzeichnet, daß der Prozentsatz der Analphabeten von 90 im Jahre 1863 auf 20 gesunken ist. Es gibt 40 000 farbige Lehrer, darunter 3000 an höheren Lehranstalten, etwa 2½ Millionen Negerkinder besuchen öffentliche Schulen. Die Zahl der schwarzen Studenten an amerikanischen Universitäten wird auf rund 100 000 geschätzt. Bemerkenswert ist das Uebergewicht der weiblichen Negerschüler, für deren spezielle Ausbildung es noch eine ganze Anzahl von Lehranstalten gibt. Die Negerfrauen stellen fast die Hälfte aller berufstätigen Schwarzen; sie betätigen sich meist als Hausangestellte, aber es gibt auch farbige Aerztinnen und einen weiblichen Neger-Bankdirektor in Richmond, Virginia. Aus eigenen Kräften bringen die schwarzen Amerikaner jetzt jährlich 15 Millionen Dollar für ihre Schulen auf; ein jüdischer Bürger Chicagos, Julius Rosenwald, hat einen Millionenfonds für Negerschulen zur Verfügung gestellt, um die Rassengegensätze durch gemeinsame Kulturinteressen zu überbrücken. Benachteiligt fühlen sich die Neger bei der Verteilung der Staatszuschüsse für Erziehungszwecke. Obwohl sie im Norden 11 Prozent der Bevölkerung ausmachen, erhalten sie knapp 2 Prozent jährlich von den 875 Millionen Dollar, im Süden, wo die Schwarzen ein Viertel der Bevölkerung darstellen, gibt man ihnen 10 Prozent.

Erstaunlich scheint die ökonomische Entwicklung der Neger, wenn man hört, daß es heute in den Südstaaten 900 000 Farmen schwarzer Herren gibt. Man bedenke, unter welchen ungeheuren Schwierigkeiten der Neger zum Grundbesitz kam, und man wird nachdenklich folgende Angaben Motons betrachten: Von 1½ Millionen Farmen im Süden sind 43 v. H. Weiße Eigentümer, 57 v. H. Pächter; von 900 000 Farmen sind heute schon 25 v. H. Schwarze Eigentümer, 75 v. H. Pächter. Daß Neger in allen möglichen industriellen und kommerziellen Geschäften zu finden sind, ist allgemein bekannt. Der Europäer aber, der nur den schwarzen Portier und Liftboy kennt, lasse sich zur Kennzeichnung des Negerunternehmers erzählen, daß in Amerika 72 „schwarze" Banken und 36 Versicherungsgesellschaften blühen. Mit ungemein zäher Energie arbeitet der Neger an seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit, er wird Unternehmer und Eigentümer. Moton schätzt das amerikanische Negerkapital auf eine Billion Dollar. Er vergleicht mit Rußland und findet, daß dort 14 Millionen Leibeigene 50 Jahre nach ihrer Befreiung 35 Dollar pro Kopf akkumuliert haben, während die 10 Millionen Neger in der gleichen Zeit das Doppelte erwarben. — Wie die Neger allmählich in die sozialen Oberschichten einrücken, wird durch die Tatsache illustriert, daß auf einem Medizinerkongreß in Atlanta mehr als 500 schwarze Aerzte, Apotheker und Dentisten erschienen. Als größte Leistung der Neger aber bezeichnen amerikanische Soziologen immer wieder die Schaffung eines eigenen Heims, in dem die Sklaven von ehemals ein auch für Weiße vorbildliches Familienleben pflegen; unterstützt von einer Unzahl farbiger Lehrer, deren Enthusiasmus für die Ideale ihrer Rasse auch schlechte Bezahlung nicht dämpft.

Wenn man den Jahresbericht der „Nationalen Vereinigung für den Fortschritt der farbigen Bevölkerung" durchliest, bekommt man einen Begriff von den Schwierigkeiten, unter denen sich die Entwicklung der amerikanischen Neger vollzieht. Als wichtiges Problem steht da an der Spitze der Kampf um die Souveränität Haitis, wo die amerikanischen Marinesoldaten während der fünfjährigen Besetzung grundlos 3000 Eingeborene getötet haben sollen. Dann kommen die Fälle, in denen die Vereinigung angeklagten Negern Prozeßbeistand gegen voreingenommene Gerichte leisten mußte. Beispielsweise sind in Arkansas einige Neger zum Tode verurteilt worden wegen einer Verschwörung gegen weiße Farmer. Die Vereinigung, überzeugt von der Unschuld der Verurteilten, kämpft — wie allen diesen Fällen — um die Zuständigkeit der verschiedenen Gerichtsinstanzen. Politisch interessant sind die Akten über das Verhalten der Neger während der Präsidentenwahl. An 17 Kandidaten werden die 7 Kardinalforderungen mit Bitte um eine Rückäußerung geschickt: Antilynchgesetz; Druck auf die Staaten, die den Negern Wahlrechte vorenthalten; Gleichstellung der Negerkinder in der Erziehung; Zulassung zu den Armeeteilen und -chargen; Zulassung zu allen Zivilbehörden; Souveränität Haitis. Auf diese Fragen antworteten nur zwei der Befragten: Harding will sich nicht darauf festlegen, Poindexter antwortet zustimmend.

Den Mittelpunkt des Berichtes der „Nationalen Vereinigung" bildet die Lynch-Statistik. Danach wurden 1920 gelyncht 65 Neger (1919: 83); gehängt, verbrannt, erschossen, ertränkt, totgepeitscht. Meist waren diese Unglücklichen des Mordes oder des Angriffes auf weiße Frauen verdächtigt. Die meisten Lynchfälle hatte Florida (13), Texas 10, Georgia 8, Mississippi 7, Alabama 6, Carolina 4, je 3: California, Minnesota, Oklahoma, die anderen verteilen sich auf Arkansas, Kansas, Kentucky, Missouri, Montana, Virginia. Als „Rassenkämpfe" bezeichnet der Bericht Tumulte in Chicago, Independence, Leavenworth, Baltimore, Fayetteville, Winston-Salem, wobei insgesamt etwa 10 Personen getötet wurden. Sehr viel zu schaffen macht den Negern die „Ku Klux Klan", eine starke Organisation, die heftig gegen alles „Unamerikanische" hetzt. Sie versicht die Vorherrschaft der weißen Rasse, die Rechte der Angelsachsen. „Ku Klux Klan" ist gegen Katholiken, Juden, Sozialisten, Frauenstimmrecht und Neger. Eine Art Geheimorden, etwa wie die deutsche Orgesch, die ja ganz ähnliche Ziele verfolgt. Der Name „Ku Klux Klan" stammt aus dem Bürgerkriege, da er von einer Gesellschaft geführt wurde, die durch Teeren, Federn und den Strick die soeben freigelassenen Sklaven davon abhielt, ihre neugewonnenen Bürgerrechte auszuüben. Damals mußte die Regierung sogar Truppen gegen das Ku-Klux-Unwesen aufbieten. Daß die neue Vereinigung, die im Süden entstanden ist, diesen Namen wieder aufleben ließ, zeigt allein schon, wes Geistes Kind sie ist. Im Süden hat sie Schrecken unter den Negern verbreitet und manche davon, wie auch Weiße, mit Teer- und Federanzügen versehen.

Die Neger ihrerseits sind in der „Nationalen Vereinigung" ausgezeichnet organisiert. Ueberall wacht ihr Auge. 1920 wurden nicht weniger als 85 neue Zweigverbände neu geschaffen. Und was bringen die für Material zusammen! In Sacramento will ein japanischer Badeanstaltsbesitzer einen Neger nicht baden lassen, in Toledo will man sie nicht in Cafés lassen, in Kalifornien ihnen nicht die guten Kinoplätze einräumen, in Louisville belästigen weiße Soldaten Negergirls im Stadtpark, in Birmingham sind die Wartesäle für Farbige schmutzig, irgendwo werden schwarze Post- und Eisenbahnbeamte nicht geduldet. Ueberall versuchen die Ortsgruppen das Bürgerrecht für Neger nach Neuyorker Muster durchzubringen, Stimmrechtskurse für schwarze Frauen werden eingerichtet. Eine stark aufblühende Neger-Presse unterstützt alle diese Bestrebungen. Das Hauptorgan „The Crisis" ging allerdings infolge des Preisaufschlages von 94 000 Auflage auf 62 000 herunter. Aber die Zeitungen der Weißen wurden reichlicher denn je mit Artikeln über die Negerfrage versehen, eine halbe Million Flugschriften wurden verteilt, 297 Meetings abgehalten.

Als am 1. Juni 1920 in der Bethelkirche zu Atlanta Hunderte von Negern zur Jahresversammlung der „Nationalen Vereinigung" sich zusammenfanden, wurden sie über alle Diskussionen hinweg einig in dem Satze: Die einzige Zukunftshoffnung des Negers liegt in der Wanderung nach Norden, da der Süden seine Menschenrechte schmälert. Bald darauf aber wurde unter allgemeinem Beifall der Satz gesprochen: „Wir warnen Amerika, die Geduld der farbigen Völker hat eine Grenze."

Rabindranath Tagore: Das Postamt.

Stadttheater Halle.

Madhav bittet den phantasierenden Knaben Amal: „Komme mir doch nicht immer wieder mit der alten Leier!" Ich bin versucht, dieselbe Bitte an den Dichter Tagore zu richten. Sie beleuchtet blitzlichtartig die ganze Situation.

Tagore erweist sich auch im „Postamt" als ein typischer Vertreter der bürgerlichen Geistesaristokratie, deren beunruhigtes Gewissen aus dem Sturm und Drang eines revolutionären Zeitalters gern in die Harmonie versöhnlicher Betrachtungsweise, philosophischer Beschaulichkeit flüchtet. Diese Flucht maskierte sich bei unseren großen Klassikern noch als kühner Angriff auf metaphysische Rätselfronten, als religiöse und philosophische Revolution. Der Dichter und Denker kehrte den Problemen dieser Erde verachtend (oder vorsichtig!) den Rücken. Stürmte titanengleich den Himmel. Heute trifft sich die geistige Elite des Abend- und des Morgenlandes in dem Bemühen, die aufgegebene Erde, deren Veränderung ihr Sein in Frage stellt, zurückzugewinnen. (Siehe Darmstadt!) Hier und dort wurzellos läßt man sich liebreich aus transzendentalen Höhen zu uns Diesseitsmenschen herab. Greift abermals ins Leere. Denn uns hat der Klassenkampf. Und der Klassenkampf hat uns.

Tagore predigt Versöhnung durch den Mund eines kranken Kindes. Versöhnung des Menschen mit dem Menschen. Versöhnung des Menschen mit der Arbeit. Manchmal rührt sein Wort. Dennoch lehnt man das Werk achselzuckend ab: „Komme mir doch nicht immer wieder mit der alten Leier!"

Die soziale Frage wird nicht dadurch gelöst, daß wir alle miteinander zu gutherzigen Kindern werden — selbst vorausgesetzt, daß wir überhaupt dazu werden könnten. Diese Art Höherentwicklung müssen wir schon Tagore und seinen demokratisch-pazifistischen Verehrern überlassen. Ich fürchte, der reaktionäre Wolf würde sonst uns Unschuldslämmer fressen, wie der Tod den Knaben Amal.

Für uns intellektbehaftete und tätige Europäer hat das „Postamt" zu wenig Gedankenfracht und zu wenig Handlung. Die kühle Aufnahme — auch und sogar — seitens des bürgerlichen Publikums berechtigt zu der Anfrage, ob die Direktion es nicht besser vom Spielplan absetzt, ebenso wie das alberne Lustspiel „Die stumme Schönheit" von J. E. Schlegel. Beides lohnt nicht den Kräfteaufwand von Spielleitung und Spielern, die übrigens mit einfühlender Liebe und feinem Geschmack ihre anspruchslose Aufgabe lösten.

H. Leid.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211012-15/fragment/page=0008